

die Zahl der Katholiken, die sich aus Studium und Erfahrung, auch auf Antrieb des Hirtenamtes, darüber Rechenschaft geben, daß unter den getrennten Christen wirklich ernste Christen sind, daß sie fromm sind und in ihrem Glauben Christus und die Bibel eine entscheidende Rolle spielen. Wir müssen uns aber noch viel mehr mit der Tatsache und ihren tieferen Gründen befassen, warum wohl die getrennten Christen weithin gar nicht an eine „Rückkehr“ denken wollen. Sie haben in ihrer Ökumenischen Bewegung und in anderen kirchlichen Erweckungen, in denen sie auch das Glaubensleben der Alten Kirche wiederentdecken und es sich nun aneignen, eine so große und lebendige Aufgabe und ein so starkes gläubiges Selbstbewußtsein, nein eigentlich ein Kirchenbewußtsein von beträchtlicher Weite gefunden, daß sie angesichts dieser ihrer ökumenischen „Katholizität“ und der Fülle der bei ihnen vertretenen Glaubenserfahrungen die römisch-katholische Kirche in ihrer konkreten geschichtlichen Erscheinung geradezu als eng, ja als ausgesprochen unkatholisch empfinden und verurteilen. Das ist wohl weithin nur eine Selbsttäuschung. Aber ein bekannter katholischer Ökumeniker sagte einmal, wir sollten uns, im Besitz der kodifizierten Wahrheit, davor hüten, über die getrennten Christen zu schnell fertige Urteile zu fällen. Vielmehr sollten wir erst gründlich ihre Spiritualität und ihre Sprache erforschen. Das aber erfordere viel Fleiß und Liebe und die Arbeit einer ganzen Generation. Das ist sicher wahr, und diese Erkenntnis setzt sich um so mehr durch, je näher wir die Gläubigkeit der getrennten Christen kennenlernen.

3. Wenn es in der Gebetsmeinung heißt, wir sollen ihnen durch das Beispiel unseres Lebens die Rückkehr erleichtern, so darf man „Leben“ wohl nicht zu eng fassen, etwa nur im Sinne sittlicher Rechtschaffenheit oder lebendiger brüderlicher Gemeinschaft. Ein Leben „in Christus“ bedeutet auch, daß wir die getrennten Christen als unsere Nächsten mit ihren Gaben und Lasten annehmen und sie nach Kräften mittragen, gerade weil wir glauben, daß den Getrennten die Fülle der Wahrheit fehle. Ihre Verweigerung der „Rückkehr“ ist vermutlich nicht nur ein Protest, eine Negation, sondern sie stammt teils aus einer analogen geschichtlichen Enge, die man uns vorhält, teils aber aus einer großen christlichen Lebendigkeit, die man bei uns nicht immer zu finden meint. Infolgedessen sollte ein Beten um die Rückkehr der Getrennten auch dies einschließen, daß wir selber recht weit, recht katholisch, recht sehend und verständnisvoll werden für alle echten Anliegen unserer christlichen Brüder. Diese Haltung ist bei uns leider ziemlich ungewohnt. Ein Zurückkehren der Getrennten setzt indessen voraus, daß wir auch zu ihnen hingehen. Viele unserer führenden Theologen tun das bereits und verstehen unter dem Beispiel des Lebens auch ein rechtes katholisches Lehren. Dafür haben bedeutende Vorträge auf dem Kölner Katholikentag ein starkes Zeugnis gegeben, das übrigens auf der anderen Seite des Zaunes gehört und verstanden worden ist.

Freilich können wir eines nicht, und manchmal scheint es so, als wollten unsere evangelischen Brüder das von uns erwarten: wir könnten nicht im Verlassen einer hier und da unkatholischen Enge, im Hinhören auf die Fragen und Vorwürfe von drüben — ein Hören, das auch nach dem innersten Verlangen des Herzens forschen sollte — die Realität der katholischen Geschichte verleugnen, dieses lange Stück Weges, das wir leider ohne die Getrennten

haben gehen müssen und wodurch wir einander so sehr entfremdet wurden. Denn in dieser Geschichte, die nun einmal um den Felsen Petri und um die Bewahrung der hierarchischen Integrität der Kirche verläuft, ist die Fülle der Offenbarung enthalten und bewahrt, wenn auch nicht immerfort ganz realisiert. Wir können nicht einen Umweg voll kleiner Untreuen beschreiten und irgendwo an den Fundamenten der Wahrheit rütteln lassen. Es ist auch eine harte Sache, das mögen unsere getrennten Brüder wohl bedenken, in Liebe und Verständnis ihre Gaben zu suchen und anzuerkennen, wenn man sich fortgesetzt vorwerfen lassen muß, das oberste Lehramt habe die apostolische Tradition verraten oder gar aus der Kirche eine noch ärgere Form des Totalitarismus gemacht, als sie die politischen Diktaturen darstellen. Es ist recht, daß man uns immer wieder dazu herausfordert, besser zu erklären, wieso es zur Fülle Christi gehört, daß es den Primat gibt. Aber gerade an diesem neuralgischen Punkt, von dessen Wahrheit die Gebetsmeinung für Januar 1956 handelte (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 97), ist auch das Beispiel des Lebens von uns gefordert, nämlich die Treue; und sie ist mehr als Disziplin und knechtischer, ängstlicher Gehorsam. Im Hinblick auf die Orthodoxen, die — ob schon vom obersten Hirtenamt der Kirche getrennt — in katholischer Wahrheit leben, ist zu bedenken, daß sie vor allem das Beispiel des Betens erwarten, die Anbetung der Geheimnisse der Erlösung und ein Leben in der Auferstehung. Denn sie mißtrauen unserer weltzugewandten katholischen Aktion, unserer Überschätzung politischer Verantwortlichkeiten in einer vergänglichen Welt, einer wortgewandten und anspruchsvollen christlich-sozialen Propaganda im politischen Raum, die wohl dem Menschen oft zuviel, der Gegenwart Gottes und dem kommenden Gericht zuwenig zutraut. Kein Gebet und kein Beispiel des Lebens erleichtert den Getrennten die Rückkehr zur Kirche Christi, wenn es nicht ganz in der Treue zur Wahrheit, zur ganzen katholischen Wahrheit gründet.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### *Aus dem deutschen Sprachgebiet*

**Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Fulda** Als die Einladungen zur Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Fulda auf die Post gegeben wurden, konnte niemand ahnen, daß der erste Tag der Zusammenkunft, der 6. November, den Höhepunkt einer doppelten internationalen Krise bringen würde und daß man sich anstatt mit der Auswertung des Kölner Katholikentages, insbesondere der Ergebnisse der Arbeitstagung des Zentralkomitees vor dem Katholikentag, mit der unüberhörbaren Botschaft würde befassen müssen, die den Nachrichten aus Ungarn, über den bloßen Wortlaut der Meldungen und Reportagen hinaus, erst ihren eigentlichen Sinn als Anruf an eine „westliche Welt“ gab, die sich plötzlich bewußt wurde, daß ihr Idol, die Sicherheit des Lebensgenusses, wieder einmal im Sturm der historischen Ereignisse zu schwanken und zu wanken begann. Es hatte unter diesen Umständen fast eine symbolische Bedeutung, daß die für den 7. November vorgesehenen Referate: „Rückblick auf den 77. Deutschen Katholikentag in Köln“ von Notar Dr. Lemmens und „Auswer-



tung der Arbeitstagung des Zentralkomitees in Köln“ von Professor Johannes Hirschmann SJ, wegen der Erkrankung beider Herren nicht gehalten werden konnten.

An Stelle von Dr. Lemmens referierte kurz Prälat Wilhelm Böbler, der vor allem auf den alle Skeptiker beschämenden Gewinn für das religiöse Leben der Kölner Erzdiözese hinwies und ankündigte, daß alles getan werde, um den persönlichen, für beide Teile so geistlich-fruchtbaren Kontakt zwischen rheinischen und mitteldeutschen Katholiken auf dem Katholikentag auch in der Folgezeit weiterzupflegen und zu verstärken. Für Professor Hirschmann stellte Generalsekretär Heinrich Köppler die Funktion der Arbeitskreise des Zentralkomitees im Verhältnis zum Katholikentag einerseits, zu den bestehenden Sachreferaten des Zentralkomitees in Bad Godesberg andererseits zur Debatte. Es wurde beschlossen, die Arbeitskreise als ständige Einrichtung, wenn auch mit wesentlich weniger Mitgliedern als in Köln, beizubehalten und ihre Tagungen räumlich und zeitlich vom Katholikentag zu trennen. Diese Trennung soll jedoch dem Katholikentag dadurch zugute kommen, daß eine vom Katholikentag erwartete Stellungnahme zu Problemen des Tages sich auf die in den Arbeitskreisen geleisteten Vorarbeiten stützen kann, zum anderen dadurch, daß Mitglieder der ständigen Arbeitskreise sich für die Leitung und Mitwirkung in den Aussprachekreisen auf dem Katholikentag zur Verfügung stellen, die als legitimes Bedürfnis der am Katholikentag teilnehmenden Gläubigen anerkannt wurden.

Eine Beratung der von den Arbeitskreisen des Zentralkomitees in Köln gefaßten Beschlüsse mußte wegen der vorgerückten Zeit unterbleiben und wird durch eine schriftliche Stellungnahme der Mitglieder des Zentralkomitees, vor der noch in diesem Jahr zu erwartenden Publikation, ersetzt werden. Das wird mancher bedauern, darf aber nicht als Präjudiz für das künftige Verhältnis des Zentralkomitees zu den ständigen Arbeitskreisen gelten.

#### *Ein Wort an die deutschen Katholiken*

So sprach das Zentralkomitee sein Wort nur aus dem konkreten Anlaß der blutigen Unterdrückung der ungarischen Freiheit in die Welt. Es hat darauf verzichtet, die zahlreichen Protestresolutionen um eine weitere zu vermehren, sondern es vorgezogen, sich noch einmal mit tiefem Ernst auf die eigene politische und geistige Situation zu besinnen. In einem Telegramm an den Papst heißt es: „Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist in der Stadt des heiligen Bonifatius zu einer Stunde versammelt, da von neuem widerrechtliche Gewalt die Völker der Erde in Furcht und Schrecken versetzt und über ungezählte Menschen Leid und Tod bringt. Bedrückt von dem Gefühl unserer Ohnmacht und besonders darüber bekümmert, daß wir deutschen Katholiken, die wir in unserer eigenen Not viel Hilfe erfahren durften, im Augenblick dem ungarischen Volk unmittelbar nicht genügend helfen können, vereinigen wir uns mit dem Schmerz und den Sorgen Ihres hochpriesterlichen Herzens und mit dem Gebet des Vaters der Christenheit. Was in unserer Kraft liegt, wenigstens denen beizustehen, die, der Heimat beraubt, zu uns flüchten, soll geschehen. Möge Eurer Heiligkeit das Gelöbniß der deutschen Katholiken ein Trost sein, daß wir in unserem Land und im

Verhältnis zu allen anderen Völkern, besonders den Nachbarn, entschlossen eintreten wollen für eine Politik der Gerechtigkeit, des Friedens und der brüderlichen Zusammenarbeit.“

Gleichzeitig richtete die Vollversammlung des Zentralkomitees einen Aufruf „An die deutschen Katholiken“, der folgenden Wortlaut hat:

„Das in Fulda versammelte Zentralkomitee der deutschen Katholiken fühlt sich verpflichtet, in der gegenwärtigen Bedrängnis der Herzen und der Seelen ein Wort an die Katholiken Deutschlands zu richten.

Wir erleben in einer Welt, in der der ersehnte Friede nicht hergestellt werden konnte, abermals einen furchtbaren Ausbruch der Mächte der Finsternis. Die Menschen guten Willens scheinen ihnen gegenüber macht- und hilflos. Aber unser Herr Jesus Christus hat uns gesagt, daß es wirksame Waffen gegen das Böse gibt: Gebet und Buße. Der praktische Materialismus unserer Zeit darf uns nicht dazu verführen, daß wir an die Wirksamkeit der Waffen Christi nicht mehr glauben.

Gerade wir wollen uns der Buße nicht entziehen, denn wir dürfen die schwere geschichtliche Schuld, die auch wir an dem Zustand der Welt haben, nicht aus unserem Gewissen verdrängen. Wir bitten deshalb unsere Brüder und Schwestern, die einzelnen, die Familien, die Gemeinden und alle kleineren und größeren Gemeinschaften, die jetzigen erschütternden Ereignisse zum Anlaß zu nehmen, den Geist der Buße und des Gebetes mit allem Ernst in ihrem Leben zeitgemäß zu verwirklichen.

Hier sind Möglichkeiten, die uns allen offenstehen: den Kleinen und den Großen, den Armen und Reichen, den Gesunden und den Kranken, den Gläubigen im Osten wie im Westen unseres Vaterlandes. Hier vereinigen wir uns mit den Leiden und Opfern aller Unterdrückten und Verfolgten, die wir sonst nicht erreichen können, damit wir ergänzen, was an den Leiden Christi noch fehlt, für seinen Leib, die Kirche (Kol. 1, 24).

Folgt alle der Mahnung unserer Bischöfe, auf alle Genüsse und Vergnügungen zu verzichten, die dem Ernst dieser Tage nicht entsprechen. Mögen die Christen ihrer geistlichen Waffen wieder froh werden! Erfüllt die Weisung des Heiligen Vaters, daß wieder in jeder Familie täglich der Engel des Herrn in der Intention gebetet wird, in der er einst in einer Zeit der Bedrängnis vom Osten eingeführt worden ist.

Die spontane Beteiligung an den Hilfsaktionen für das unglückliche ungarische Volk ist tröstlich. Jetzt kommt es darauf an, diesen Willen zur tätigen Hilfe gegenüber allen Anforderungen in den kommenden Monaten zu bewahren und nicht zurückzufallen in jene Haltung der Müdigkeit, die dem Bösen sein Werk erst ermöglicht hat.

„Seid nüchtern und wachsam“ (1 Petr. 5, 8).“

Die Sprache, die hier geführt wird, und die — im Munde katholischer Laienverbände — neu, und man möchte fast sagen: „voller“ klingt, als man es gewöhnt ist, die Rückbesinnung auf die biblisch bezeugten Grundtatsachen der religiösen Existenz des Christen läßt aufhorchen.

#### *„Kult und Aktion“*

Wiederum war es fast symbolisch, daß dieser Aufruf wie eine konkrete Nutzenanwendung auf ein gar nicht „aktuell“ konzipiertes Referat von P. Emmanuel von Severus, Prior von Maria Laach, über „Kult und Aktion“ folgte,



das von dem „bedrückenden Unbehagen über die Gefährdung unseres Menschseins“ durch das Auseinanderklaffen von „Kult“ und „Aktion“ ausging, einer Haltung, die die Verleugnung einer fundamentalen theologischen Wahrheit bedeutet, daß nämlich alle Werke der Christen erst durch die im Kult sich vollziehende Teilhabe am Gottesopfer „gesegnet, angerechnet, vollgültig und genehm“ werden können. Nur die fruchtbare Spannung und zugleich Einheit von „Kult“ und „Aktion“ bringt die Schicksalsgemeinschaft des Christen mit Christus, die zugleich eine Schicksalsgemeinschaft mit allen anderen Erlösten ist, zum Ausdruck. Der Kult ist, wie der liturgische Sprachgebrauch mit Recht hervorhebt, die primäre Actio der Kirche, nicht nur Verzierung des Alltags, der Liebestat am Nächsten untergeordnet. Darum ist „Liturgische Bildung“ heute notwendiger denn je. Das bedeutet nun keineswegs ein Mehr an theologisch-historischem Bescheidwissen, sondern die Wiederentdeckung des Kults als der Quelle aller Kräfte, mit denen die Christen die Welt durchdringen können, ohne die sie aber der Vielgeschäftigkeit (Bergengruen) und dem Aktionsautomatismus verfallen, in dem die Aktion sich selbst verzehrt, während die Liturgie, im „pneumatischen Niemandsland“ angesiedelt, steril bleibt. Daraus folgt, daß die Anakephaliosis, die Zusammenfassung der ganzen Kirche unter Christus als ihrem Haupt, sich im ganzen Leben jedes Christen nicht nur in der Kulturteilhabe, sondern als Lebensteilhabe auswirkt. Nicht aus Gründen der juristisch-soziologischen Terminologie, sondern weil sie Kultgemeinschaft ist, ist die Kirche im eigentlichen Sinne des Wortes eine *societas perfecta*. Aus der Opfergemeinschaft mit Gott wächst die Liebesgemeinschaft der Christen. Dieselbe Einheit, die im Sakrament Gottes Wort und Gottes Tat mit Menschenwort und Menschentat unlöslich verbindet, ist zugleich das Vorbild für die notwendige Einheit in der Person des christlichen Laien durch die Verbindung von Apostolat, Meditation und Sakrament. Nur diese Einheit vermag die Gefahr der Manager- und Funktionsbetriebsamkeit von der katholischen Aktion fernzuhalten. Denn auch die Aktion am Nächsten heißt Christus suchen und ihm begegnen, der Dienst am Mitmenschen hat seinen letzten und tiefsten Sinn in der Menschwerdung des Herrn, die Aktion am Nächsten ist so zugleich mit dem Gegenstande des Kultus verbunden. Nicht die Weltangst treibt den Christen zu den Altären (E. Jünger), sondern die Erkenntnis, daß der Opferaltar — wie im Heerlager der römischen Legionen — immer an der dem Feinde zugewendeten Seite steht, als Beweis dafür, daß „die Kraft in der Schwachheit Vollendung findet“ (2 Kor. 12, 9).

#### „Koexistenz“ und kommunistische Taktik

Erst recht das Hauptreferat des vorhergehenden Tages, „Die west-östlichen Koexistenzbemühungen im kirchlichen Raum“, von Karlheinz *Schmidthüs*, hatte durch die politischen Ereignisse eine nicht vorhersehbare Beziehung zur unmittelbarsten Gegenwart erhalten, obwohl der Redner auf die neuen Perspektiven nicht näher eingehen konnte, denn „wie immer die Dinge sich entwickeln sollten, das Thema der Koexistenz behält seine Bedeutung, es wäre sogar möglich, daß es noch an Bedeutung gewinnt“.

Das Neue an der Resolution des XX. Parteitages in Moskau besteht in der Anerkennung eines dritten Lagers

neben dem kapitalistischen und dem sozialistischen. Es besteht aus den neutralistischen Staaten, vor allem aber aus der Weltfriedensbewegung und der Arbeiterbewegung, die auf dem Wege zum Sozialismus ist; Koexistenz ist die Formel, die es gestatten soll, mit dem kapitalistischen Ländern zu verkehren und zu verhandeln, um damit das dritte Lager zu stärken und in das kommunistische Lager hinüberzuziehen. Koexistenz bedeutet aber nicht eine Verleugnung der Leninschen These, daß die geschichtsnotwendige Entwicklung zum Kommunismus, die Weltrevolution, durch eine bewußte Zersetzungsarbeit vorwärtsgetrieben werden müsse. Trotzdem hat sich die neue Formel als sehr geeignet erwiesen, in der Freien Welt Verwirrung, Spaltung und Entzweiung anzurichten.

Von besonderer Bedeutung ist nun, daß die kommunistischen Theoretiker, vor allem G. Lukács, entdeckt zu haben glauben, daß das dritte Lager, das der „Friedensfreunde“ und der Menschen auf dem Wege zum Sozialismus, auch in den Raum der Kirchen hineinreiche, wobei die französischen Arbeiterpriester, La Piras Kreis in Florenz und in anderer Hinsicht Gustav Wetter SJ, Clemens Brockmöller SJ und der jetzt an der Freien Universität in Berlin lehrende Moraltheologe Professor Marcel Reding genannt werden; erstere als Exponenten einer „fortschrittlichen“ Gruppe, erfaßt von der Entwicklung zum Sozialismus, im Gegensatz zu einer „reaktionären“, die die fortschrittliche Gruppe nur aus taktischen Gründen dulde, um sie nicht aus der Kirche hinauszutreiben: die typische Denkweise eines nur in taktischen Kategorien denkenden Kommunisten. Wenn nun Lukács empfiehlt, die Verbindung mit der „fortschrittlichen“ Gruppe und den genannten Theologen zu intensivieren, so mit dem offen ausgesprochenen Ziel, ihre Anhänger zum Zweifel und schließlich ins kommunistische Lager zu führen, zugleich aber psychologische Hemmnisse gegenüber dem Kommunismus durch die bloße Existenz dieser Kontakte aus dem Wege zu räumen. Damit wird gleichzeitig den Christen in den Satellitenstaaten vorexerziert, wie unrecht sie daran tun, möglichst jeden Kontakt mit dem Kommunismus und seinen Kollaborateuren aus dem christlichen Lager zu meiden, da doch angesehene Mitbrüder aus dem Westen keine solchen Hemmungen haben.

#### Die Kirche und die Koexistenz

Gegenüber diesen Bestrebungen hat die katholische Kirche, besonders in den Weihnachtsansprachen des Papstes 1954 und 1955, klar herausgearbeitet, daß eine Friedensordnung eine Übereinstimmung über die absolute Geltung einer geistig-sittlichen Weltordnung voraussetzt („Koexistenz in der Wahrheit“, nicht nur „Koexistenz in der Furcht“), die der Kommunismus eben nicht vollziehen kann. Es liegt auf der Linie der kommunistischen Spaltungsversuche, durch Kontaktversuche und ihre Veröffentlichung Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser grundsätzlichen Unterscheidung zu erregen, und ein Teil der deutschen Presse hat sich denn auch in Vermutungen ergangen, die diesen kommunistischen Hoffnungen entsprechen haben dürften. In Wirklichkeit gibt es aber keine Reservate in den Äußerungen des Heiligen Stuhls zur Koexistenzfrage. In seiner Ansprache an den Kölner Katholikentag hat Pius XII. unter deutlicher Zurückweisung des Schrittes des sowjetischen Geschäftsträgers in Italien beim Nuntius am Quirinal als Voraus-



setzung einer „ehrlichen Koexistenz“ für die Kirche verlangt: „die Freiheit, nach ihrer Verfassung und ihrem Gesetz im Lande zu leben, ihre Gläubigen betreuen und die Botschaft Jesu Christi offen verkündigen zu können“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 40). Das ist nur eine Bekräftigung dessen, daß „Koexistenz“ so lange eine Illusion und unglaubwürdig ist, wie von einer Änderung der inneren Struktur kommunistischer Staaten nichts zu sehen ist. Daß im Westen so viele Menschen sich hierüber täuschen, beruht auf verschiedenen Motiven. Neben dem wurzellosen relativistischen Intellektuellen steht der praktische Materialist, der den Fortschritt der Menschheit gleichsam als Nebenprodukt des ökonomisch-technischen Fortschrittes erwartet; neben dem an der Kultur des Abendlandes Verzweifelnden, der den Kommunismus als die unvermeidbare Lebensform der Zukunft „taufen“ möchte, steht der Vertreter eines „einseitigen Supernaturalismus“, der dem christlichen Volk vorwirft, sich organisatorisch zu verkapseln und dadurch anmaßend, parteilich, selbstsicher und selbstzufrieden zu werden, anstatt für alle und für alles offen zu sein und das Vertrauen zu haben, daß in einer allgemeinen Koexistenz der innere lebendige Glaube als „Geist und Liebe“ wenigstens im Kreuz und im Opfer der gemeinsamen Sache einen entscheidenden Beitrag liefern würde. Da besonders die Vertreter dieser letzten Spielart sich gerne in das tragische Gewand des von den Zeitgenossen Unverstandenen hüllen, was sie nicht daran hindert, die typische Intoleranz des Progressisten gegen jeden Widerspruch an den Tag zu legen, unterstützen sie im Ergebnis das eigentliche kommunistische Ziel: nämlich den Eindruck hervorzurufen, als ob die Kirche mit der Ablehnung der Koexistenzformel in das Spiel der „reaktionären“ Kräfte verwickelt sei.

#### *Die ökumenische Christenheit und Moskau*

Gegenüber der eindeutigen Ablehnung des unehrlichen kommunistischen Spiels durch die katholische Kirche steht die Tatsache, daß die orthodoxe Kirche der Sowjetunion an der kommunistischen „Weltfriedensbewegung“ mitarbeitet und durch Kontakt mit den orthodoxen Patriarchaten im Nahen Osten um Sympathie für das heutige kommunistische Rußland wirbt. Dem liegen nicht nur taktische, sondern auch religiös-theologische Motive zugrunde, nicht zuletzt auch die innere Abneigung gegen den Westen und vor allem Rom, die zur Tradition der russischen Kirche gehört. Hierin begegnet sie sich mit Bestrebungen in der Ökumenischen Bewegung, wo man sich von dem Beitritt der Orthodoxie zum Weltrat der Kirchen eine Isolierung und gewissermaßen Bestrafung Roms verspricht. Nun kann die russische Kirche trotz des zu erwartenden starken sowjetischen Drucks ihr Dogma kaum so weit verleugnen, daß sie dem Weltrat wirklich beiträgt und sich damit auf die gleiche Stufe mit den protestantischen Kirchen stellt. Sicher aber besteht die Gefahr, daß durch diese bloße Aussicht die ökumenische Christenheit sehr viel weiter in eine Bestätigung und Betätigung der Koexistenzformel hineingelockt werden kann, als sie beabsichtigt und als weiten Kreisen in ihr recht ist, ferner daß diese Bemühungen die russische Kirche in eine Situation bringen, in der sie beinahe nichts anderes kann, denn sich als Lockvogel der Koexistenz mißbrauchen zu lassen. Ähnliches gilt aber auch für Kontakte evangelischer Christen im

Westen mit ihren Glaubensbrüdern in den Satellitenstaaten. Sehr oft ist dabei vergessen oder zu leicht genommen worden, daß solche Besuche nicht nur, wie beabsichtigt, Trost, sondern auch Ärgernis und Belastung der unterdrückten Glaubensbrüder bedeuten könnten, wenn sie die Brüder aus dem Westen als Gäste am Tische der Unterdrücker sehen mußten. Daß die lutherischen und reformierten Gläubigen Ungarns bei der ersten sich bietenden Gelegenheit Kollaborateure des Regimes, wie die Bischöfe Deszery, Vetö, Peter und Bereczki, spontan hinweggefegt haben, sollte für die Zukunft zu denken geben.

Eingerahmt war die Fuldaer Tagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken durch zwei kurze Berichte. Der Leiter des sozialpolitischen Referates, Dr. Johannes Paulus, berichtete über den Stand der Verhandlungen, die auf Wunsch der Sozialpartner der Metallindustrie mit Vertretern der Kirche über die Einführung der gleitenden Arbeitswoche in Siemens-Martin-, Elektrostahl- und Walzwerken gepflogen werden, während die Leiterin des Außenamtes im Zentralkomitee, Frau Dr. Alberta Lücke, über die Vorarbeiten zum Weltkongreß des Laienapostolats in Rom (5.—13. Oktober 1957) referierte.

Bischof Dr. Dietz feierte am Morgen des 7. November mit allen Teilnehmern der Tagung am Grabe des heiligen Bonifatius das heilige Opfer.

#### **Gutes Pfennig-schrifttum für die Jugend**

Es hat sich allorts gezeigt, daß die grassierenden „Comics“ und die übrige Schauer- und Schundliteratur der Kinder und Jugendlichen nur durch die Propagierung und aktive Weiterverbreitung von *guter* Jugendliteratur bekämpft werden können. Die anerkanntesten Einzelaktionen in dieser Richtung haben im Juli 1956 mit der Gründung des „Deutschen Jugendschriftenwerkes“ (DJW) in Frankfurt a. M. (Anschrift der Geschäftsstelle: Frankfurt a. M., Neuhofstraße 9) die nötige Koordination erfahren, wenn auch dieses Gremium aus Vertretern mit durchaus nicht immer gleichen Maßstäben zusammengesetzt ist und deren Entscheidungen gewisse Kompromisse bedeuten. Das DJW hat zunächst eine „Weiße Liste“ von 24 billigen Jugendheftreihen im Preis von —.25 DM bis 1.20 DM zusammengestellt, die sie in diesem Sinne als „jugendfördernd“ anerkennt. Jugendseelsorger und Lehrer können sich diese und die künftig monatlich folgenden Aufstellungen beim DJW besorgen und werden von den betreffenden Verlagen gerne Werbematerial erhalten. Daß sich das Anliegen guter Jugendliteratur nicht allein mit billigen Heftchen abtun läßt, steht außer Frage; aber gerade in der Bekämpfung des Schundes sind diese oft ein guter erster Ansatzpunkt.

#### **Segensreiche Arbeit des Volkswartbundes**

Der Volkswartbund (Bischöfliche Arbeitsstelle für Fragen der Volkssittlichkeit, Köln-Klettenberg, Lohrbergstr. 49) trifft von Jahr zu Jahr auf mehr Interesse und Echo. Hatte schon die Jahresversammlung 1954 eine bis dahin einmalige Beteiligung aufzuweisen (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 98; im letzten Jahr fiel die Versammlung zugunsten der internationalen Tagung der UIMP aus, vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 435),



so waren es bei der diesjährigen Kölner Novembertagung nahezu 300 Delegierte von Ministerien, Justiz- und Polizeibehörden, Wohlfahrts-, Jugend- und Seelsorgsverbänden. Dr. Anton Böhm, stellvertretender Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“ und Mitherausgeber von „Wort und Wahrheit“, hielt das einleitende Grundsatzreferat „Der bloßgestellte Mensch“, in dem er in glänzender Zusammenschau die ganze Gefährlichkeit der in Reklame, Film und gewissem Schrifttum virulenten sexuellen Überreizung und allgemeinen Indiskretionsmanie, die damit verbundene Verblödung, Gemeinschaftsfeindlichkeit und Zerstörungssucht herausstellte. (Ein Teil dieser Gedankengänge ist schon in dem Beitrag „Das Zeitalter der Indiskretion“ in „Wort und Wahrheit“, März 1954, S. 181, ausgeführt; das ganze Referat wird zusammen mit dem übrigen Tagungsbericht vom Volkswartbund veröffentlicht werden.) Böhm klagte abschließend die Bundesrepublik an, diese „moralische Schizophrenie zu dulden und sich durch eine falsche Freiheitsproblematik benebeln zu lassen“. „Wir haben ein Grundgesetz, dessen erster Artikel mit den Worten beginnt: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt‘ — aber wird das nicht zum bloßen Lippenbekenntnis, wenn es der gleiche Staat zulässt, daß diese Würde Tag für Tag, Stunde um Stunde vor den Augen seiner Organe an Plakatwänden, Bildschirmen und im Rotationsdruck verletzt und verhöhnt wird?“

Auch gegenüber der Bundesprüfstelle zur Durchführung des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (mit der der Volkswartbund von Anfang an freundschaftlich zusammenarbeitet; vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 98 und 292) ist das Echo inzwischen nur mehr positiv und sind alle Warnungen vor Mißbrauch hinfällig geworden. Der Vorsitzende, Oberregierungsrat Robert Schilling, zog eine Bilanz nach 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-jähriger Tätigkeit, bei der bisher über 400 Text- und Bildveröffentlichungen in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufgenommen und damit von der öffentlichen Verbreitung zurückgehalten wurden. Die wenigen bisherigen Anfechtungsverfahren wurden gerichtlich abgewiesen. Noch entscheidender als durch die namentlichen Verbote hat das Gesetz durch seine bloße Existenz gewirkt, nämlich einen beträchtlichen Teil des übelsten Schrifttums von sich aus zum Erliegen oder mindestens zum Einlenken gebracht. Die Gefahr der Comics ist nach den Darlegungen Schillings heute praktisch gebannt. Erheblich schlechter steht es nach wie vor auf dem Gebiet der Kriminalreißer (Gangsterromane) und ganz allgemein der Leihbüchereischriften, von denen kaum ein Drittel überhaupt nur erfaßt werden kann. Als die große Unzulänglichkeit des Gesetzes bezeichnete Schilling die schwerfällige Verfahrensordnung, die ein ständiges Nachhinken bedeute. Da die Bundesprüfstelle ein zu großes und verstreutes Gremium sei, das sich nur einmal monatlich trifft und erst nach Antrag eines Ministeriums mit zweiwöchiger Äußerungsfrist des Verlegers tätig werden kann, ist eine Indizierung jeweils frühestens 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Monate nach Erscheinen und damit nach Verbreitung möglich! Auch die auf die justizielle Praxis abzielenden Paragraphen des Gesetzes haben die Erwartungen nicht erfüllt, da sie Strafanzeigen voraussetzen und sehr lax durchgeführt werden. Über das Tohuwabohu in der Justiz und die „Rechtsaufweichung“, die heute in diesem

Punkt in den deutschen Ländern herrschen, werden wir demnächst in einem größeren Beitrag berichten.

Nach einer lebhaften, durchwegs sehr praktischen und konkreten Diskussion, in der u. a. auf angehende Selbstkontrollmaßnahmen im Leihbüchereiwesen und auf das Deutsche Jugendschriftenwerk (vgl. dieses Heft S. 101) hingewiesen wurde, erstattete der nunmehr fast 25 Jahre tätige Generalsekretär Dr. M. Calmes den Arbeitsbericht. Er betonte die Schwierigkeit, zwischen Laxheit und Prüderie den schmalen Mittelweg zu gehen und ohne große Propaganda doch Wirksamkeit zu entfalten, und wies auf die zahlreichen Rundbriefe und Kleinschriften des Volkswartbundes hin, die im Dienst des Jugendschutzes und der Volksittlichkeit in ständig steigender Auflage verbreitet werden. Wir möchten alle Katecheten, Lehrer und Jugendseelsorger auf die Möglichkeit hinweisen, durch eine Kontaktaufnahme mit dem Volkswartbund über die tatsächlichen Verhältnisse, die komplizierte Rechtslage und die praktischen Chancen in diesem sittlichen Kampf laufend unterrichtet zu sein. Im übrigen verdient der Vorschlag der Berliner Delegierten nachdrücklich herausgestellt zu werden, der Volkswartbund möge einmal durch ein kurzes, leichtverständliches Massenflugblatt die gesamte Bevölkerung aufklären und zu der notwendigen Unterstützung von unten her auffordern.

Bischof Schröffer von Eichstätt, der Beauftragte der Fuldaer Bischofskonferenz für Sittlichkeitsfragen, dankte im Namen der deutschen Bischöfe in herzlichen Worten dem Volkswartbund für seinen „Engelsdienst“ und forderte alle Anwesenden auf, hinter den einzelnen Äußerungsformen des Bösen den Bösen in Person zu sehen und die gemeinsame Arbeit als einen Ausschnitt aus dem gewaltigen Ringen gegen den „Vater der Lüge, der Teufel und Satan heißt“, zu verstehen.

**Kirchliche Praxis und religiöser Glaube: Ergebnisse einer Befragung in Österreich**

Das „Institut für Markt- und Meinungsforschung Dr. Walter Fessel“, Wien, das im Vorjahre mit einer Untersuchung über die Einstellung der Bevölkerung zur kirchlichen und standesamtlichen Eheschließung hervorgetreten ist (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 204f.), hat am 27. Juni 1956 Ergebnisse einer Befragung über religiösen Glauben und Gottesdienstbesuch vorgelegt. Befragt wurden mittels Zusendung eines Fragebogens 1576 Personen aus allen Bundesländern, ausgewählt nach den Methoden des repräsentativen Querschnittes (eine vielleicht zu schmale Basis für eine in jeder Hinsicht zuverlässige Untersuchung). Einige der Fragen bezogen sich auf das religiöse Verhalten: Gottesdienstbesuch, religiöse Erziehung der Kinder, Verlangen nach einem Priester beim Sterben; andere Fragen auf den religiösen Glauben an sich: Glaube an Gott, Fortleben nach dem Tode, religiöse Zweifel, Glaube und Wunder.

*Gottesdienstbesuch*

Auf die Frage: „Wann haben Sie das letztmal einen Gottesdienst besucht?“ erklärten 37% der Befragten: am letzten Sonntag, 18%: vor einigen Wochen, 16%: vor einigen Monaten, 28%: vor einigen Jahren, 1%: nie. Diese Zahlen — die freilich nicht ganz den Jahresdurchschnitt wiedergeben, weil die Befragung kurz nach Pfing-



sten gemacht wurde und nicht wenige Österreicher bloß zu „allen heiligen Zeiten“ in die Kirche gehen, allerdings hauptsächlich zu Weihnachten, Ostern, weniger zu Pfingsten — passen gut zum Bild eines traditionellen, doch liberal erweichten Katholizismus: Zwischen der Gruppe der treuen Kirchenbesucher, die mehr als ein Drittel ausmachen (die Statistik des Österr. Seelsorge-Instituts gibt 33 % an), und denen, die kaum mehr zur Kirche finden, steht die ebenfalls ein Drittel starke Gruppe derer, die zwar keine strikte Verpflichtung zum Gottesdienstbesuch, jedoch so viel Verbundenheit mit der Kirche empfinden, daß sie gelegentlich zum Gottesdienst kommen. Man möchte aus diesen Zahlen schließen, daß die religiöse Substanz der österreichischen Bevölkerung doch größer ist, als man vielfach annimmt.

Die Aufschlüsselung im einzelnen — die erste Zahl sind die Kirchenbesucher am letzten Sonntag, die zweite Zahl die von „vor einigen Wochen“ — bestätigt die Tatsache des stärkeren Kirchenbesuches der Frauen: 39 %, 22 % gegenüber den Männern: 35 %, 14 %; der älteren Generation gegenüber der jüngeren: 21- bis 29jährige 23 %, 19 %; 30- bis 60jährige 38 %, 18 %; über 60jährige 46 %, 15 %; der Bauernbevölkerung 77 %, 20 % gegenüber den Arbeitern mit 28 %, 14 %; den Angestellten mit 38 %, 22 % und Selbständigen 36 %, 21 %; der ÖVP-Wähler mit 67 %, 14 % gegenüber den SPÖ-Wählern mit 15 %, 21 %; den FPÖ-Wählern mit nahezu 0 %, 24 % und den KPÖ-Wählern: fast 0 %, 16 %. Geradezu alarmierend erscheint der niedere Prozentsatz bei den 21- bis 29jährigen, überraschend hoch dagegen der Prozentsatz bei den Arbeitern und verhältnismäßig gering bei den Selbständigen, was mit der häufigen Beobachtung der Seelsorger mittlerer Orte übereinstimmt, daß mehr sozialistische Arbeiter in die Kirche kommen als Geschäftsleute, die ÖVP- und FPÖ-Wähler sind. Gering ist auch die Zahl der Kirchenbesucher unter den Maturanten und Akademikern: 19 %, 24 %. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die Mehrzahl der Intellektuellen der Kirche fremd oder doch skeptisch gegenübersteht, sosehr auch die Kirche gegenüber 1900 unter den Intellektuellen und besonders in der akademischen Jugend Boden gewonnen hat.

Geradezu erschreckend sind die Prozentzahlen für die Geschiedenen: fast 0 % Kirchenbesucher des letzten Sonntags und bloß 17 % von vor einigen Wochen, gegen 41 % bzw. 18 % bei den Verheirateten und 39 % bzw. 17 % bei den Verwitweten. Man darf wohl daraus die Folgerung ziehen, daß diejenigen, die in ihrer Ehe gescheitert sind, von Anfang an mehr oder weniger religiös gleichgültig waren — wodurch die Wichtigkeit eines religiösen Fundamentes für eine glückliche und dauerhafte Ehe bewiesen wird. Andererseits zeigt sich in diesen Zahlen, wie sehr eine schlechte und schließlich zerbrechende Ehe die menschlichen und religiösen Werte zerstört, wozu noch bei vielen ein gewisser Trotz gegen die Kirche kommt, deren Ehegesetze als zu hart empfunden werden.

Was die Verteilung der Kirchenbesucher auf die politischen Parteien betrifft, macht die Untersuchung deutlich, daß die ÖVP ihre Kernschichten im bewußt christlichen Volk besitzt. Wenn die ÖVP ihren Wahlerfolg vom 13. Mai d. J. (46 % gegen 43 % SPÖ-Stimmen) dem Umstand verdankt, daß sie mit ihren Wahlparolen der Ablehnung weiterer Verstaatlichung (und Zurücktretens der katholischen Forderungen auf Eherecht, Schule usw.) einen Teil der Liberalen für sich gewinnen konnte, so ist

sie doch noch lange keine liberale Partei, in der die katholischen Forderungen dauernd zurücktreten dürften. Auch diesen Sachverhalt hat die Untersuchung deutlich gemacht. Hervorzuheben ist ferner der große Anteil der Kirchenbesucher unter den SPÖ-Wählern (was allerdings in der Politik der Partei noch kaum berücksichtigt wird). Daß die Kommunisten keine Kirchenbesucher sind, überrascht nicht (höchstens, daß immer noch 16 % „vor einigen Wochen“ gegangen sind), wohl aber daß auch die FPÖ-Wähler in solchem Ausmaß kirchenfremd sind. Nach dem Programm und den Erklärungen dieser Partei hätte man dies nicht erwartet.

### *Religiöse Erziehung der Kinder*

Zur Frage stand: „Sollen Kinder unter allen Umständen innerhalb einer Religionsgemeinschaft erzogen werden, oder soll die Erziehung davon abhängen, welche religiöse Einstellung die Eltern haben?“ Für das erste entschieden sich 91 % (!), für das zweite 6 % (bei 3 % ohne Antwort). Auffällig ist, daß sich die Wähler aller Parteien, selbst die der FPÖ und KPÖ, mit großer Mehrheit für die religiöse Kindererziehung aussprechen: ÖVP 97 %, SPÖ und FPÖ je 88 %, KPÖ 82 %. (Da es in Österreich bloß 4,4 % KPÖ-Wähler gibt, entfallen bei bloß 1576 Befragten sehr wenige der Befragten auf die KPÖ, weshalb die ermittelte Prozentzahl nicht unbedingt den Durchschnitt wiedergibt.) Die Zahlen sind im allgemeinen keine Überraschung, melden doch sehr wenige Eltern ihre Kinder vom Religionsunterricht ab. Es ist die wohlbekannteste und gerade für Österreich sehr charakteristische Inkonsequenz der liberalen Auffassung, daß Religion sehr nützlich für die Kinder, doch überflüssig für die Erwachsenen ist. Es ist die Auffassung, daß man den Kindern die schönen, gemütvollen Geschichten und die aus der Vorstellung von Himmel und Hölle entspringenden Impulse für das sittliche Handeln nicht wegnehmen darf, sondern ruhig warten soll, bis sich die Kinder im Maße des Reiferwerdens selbst vom Kirchenglauben loslösen. In dieser Inkonsequenz kommt wohl auch ein positives Element zum Ausdruck: ein zumindest dunkel empfundenes Gefühl, daß Religion ein Lebenswert ist. Die Seelsorger begegnen ja weniger einer Front des aktiven Unglaubens als einer tiefsitzenden und schwer überwindbaren Laxheit und Unentschiedenheit.

### *Verlangen nach den Sterbesakramenten*

Ähnlich ist das Ergebnis der Frage, ob man beim Sterben einen Priester wünscht. Unbedingt wünschen dies 37 %, „wahrscheinlich“ 17 %, keinen Wert darauf legen 15 %, und 31 % wissen dies heute noch nicht, sind also eher zur Gruppe zwei („wahrscheinlich“) zu rechnen. Daß so viele, fast ein Drittel, es heute noch nicht wissen, ob sie einen Priester wünschen werden oder nicht, ist wiederum bezeichnend für die allgemeine Unentschiedenheit in religiösen Dingen. Hohe Prozentzahlen haben wie erwartet die älteren Leute, die Bauern und ÖVP-Wähler, sehr niedrige Zahlen die Geschiedenen (3 % unbedingt und 5 % wahrscheinlich), die SPÖ-Wähler (15 % bzw. 15 %), die FPÖ-Wähler (6 % bzw. 24 %) und die KPÖ-Wähler (fast 0 % bzw. 19 %).

### *Der Glaube an Gott*

Andere Fragen bezogen sich auf den religiösen Glauben an sich. Um keine zu große Vielfalt von Antworten zu erhalten, standen vier Antworten zur Auswahl: 1. Ich



glaube, daß es einen Gott gibt, wie ihn meine Religionsgemeinschaft lehrt. 2. Ich glaube, daß es ganz allgemein einen Gott gibt, aber unabhängig davon, wie ihn die einzelnen Religionsgemeinschaften beschreiben. 3. Ich weiß nicht, ob es einen Gott gibt. 4. Ich glaube nicht, daß es einen Gott gibt.

Die Antworten verteilten sich folgendermaßen: auf die Antwort 1 entfielen 39% (was gut übereinstimmt mit der Zahl der regelmäßigen Kirchenbesucher); auf Antwort 2 45%, auf Antwort 3 10% und auf Antwort 4 6%. Auf Antwort 1 entfällt eine hohe Prozentzahl bei den über 60jährigen: 52%, bei den Bauern 73% und 58% bei den ÖVP-Wählern, eine relativ niedrige Zahl bei den 21- bis 29jährigen (32%) und bei den SPÖ-Wählern (26%), eine sehr niedrige Zahl bei den Geschiedenen (4%), bei den Maturanten und Akademikern (15%), bei den FPÖ-Wählern (6%) und KPÖ-Wählern (fast 0%). Die Prozentzahlen der erklärten Atheisten sind relativ hoch bei den Männern im allgemeinen (10%), bei den Geschiedenen (16%), bei den Maturanten und Akademikern (14%) und natürlich bei den KPÖ-Wählern (42%). Im allgemeinen gehen diese Zahlen den Zahlen des Gottesdienstbesuches parallel.

Sehr groß ist die Zahl derer, die nur in unbestimmter Weise an Gott glauben, ohne den präzisen Gottesbegriff ihres Bekenntnisses anzunehmen, nämlich 45%, eine Zahl, die bei den 21- bis 29jährigen auf 52%, bei den Maturanten und Akademikern auf 57%, den Angestellten auf 55%, den SPÖ-Wählern auf 48% und den FPÖ-Wählern auf 81% ansteigt. Der Vergleich mit den Prozenten der Gottesdienstbesucher zeigt, daß auch viele mit der Antwort „vor einigen Wochen“ im Grunde nicht den Gottesbegriff ihres Bekenntnisses teilen, was sie aber nicht hindert, sich am Gottesdienst ihres Bekenntnisses zu erbauen. Wieder wird durch diese Ergebnisse eine Erfahrung der Seelsorger bestätigt, daß nämlich viele ihrer Pfarrkinder und sogar häufige Kirchenbesucher hauptsächlich aus Gefühl und Tradition kommen, aber keine klaren Begriffe über ihren Glauben und über das spezifisch Christliche haben und daher im Grunde keine Christen, sondern irgendwie Gottgläubige sind, wenn sie sich auch für gute Christen halten. Man macht sich eben weitgehend seine Religion selber.

Wenn von den 21- bis 29jährigen 16% erklären, sie wissen nicht, ob es einen Gott gibt, aber kaum einer sich als Atheist erklärt, so kommt dies offenbar daher, daß sich diese jungen Menschen kaum viel Gedanken über die Frage nach Gott machen. Der Schwund der religiösen Substanz in der jüngeren Generation erscheint deutlich.

#### *Der Glaube an ein Weiterleben nach dem Tode*

Weiter wurde die Frage gestellt: „Glauben Sie, daß ihre Seele im Jenseits in irgendeiner Weise weiterleben wird?“ Die Antworten zeigen in noch höherem Maße als bei der Frage nach Gott, welche ungeheure Abstriche vom Glauben ein Großteil der Getauften und ein Teil der gelegentlichen Kirchenbesucher unbedenklich vornimmt. Die Frage war ohnehin sehr allgemein gestellt und berührte nicht die so schwierige Frage nach der Auferstehung des Fleisches. Trotzdem glauben insgesamt nur 38% an ein Fortleben nach dem Tode, 48% wissen es nicht, 14% glauben, daß es kein Fortleben gibt. Bei den 21- bis 29jährigen lauten die Zahlen: 23%, 70%, 7%. Bei den Geschiedenen: 17%, 67%, 16%, bei den Maturanten 29%, 57%,

14%, bei den SPÖ-Wählern 13%, 70%, 17%, den FPÖ-Wählern 12%, 76%, 12%, den KPÖ-Wählern 6%, 46%, 48% (gegen 67%, 23%, 10% bei den ÖVP-Wählern). Ein großer Teil der Bevölkerung hat also ein Hauptstück der christlichen und auch der natürlichen Religion, das noch die Mehrzahl der Aufklärer des 18. Jahrhunderts für wesentlich ansah, über Bord geworfen.

#### *Religiöse Zweifel*

Bei der Frage nach eventuellen Glaubenszweifeln ist nicht so sehr die Gesamtzahl derer, die jemals gezweifelt haben, interessant (66%), sondern die Frage nach der Überwindung der Zweifel und den Ursachen der Zweifel. 8% aller Befragten haben die Zweifel wieder überwunden, 40% zweifeln noch heute, 18% haben sich von ihrer Religion ganz abgewendet (die restlichen 34% sind die, die nie gezweifelt haben). Der Anteil derer, die sich gänzlich von der Religion abgewendet haben, steigt bei den 21- bis 29jährigen auf 26%, bei den Maturanten und Akademikern auf 28%, den SPÖ-Wählern auf 25%, den FPÖ-Wählern auf 41%, den KPÖ-Wählern auf 40%. Als Ursache für das Aufkommen der Glaubenszweifel gaben 36% Konflikte mit der Wissenschaft an; 14% sagten, sie haben einen „Drang nach Ungebundenheit“ empfunden und sich deshalb von der Religion abzuwenden begonnen, und 20%, sie seien durch Schicksalsschläge, die sie selbst oder Bekannte betroffen haben, zur Ansicht gekommen, daß manches mit der Religion nicht stimme. (Die restlichen 34% sind diejenigen, die keine Zweifel hatten.) Zweifel wegen Konflikten mit der Wissenschaft spielen eine große Rolle bei den Männern, im allgemeinen 44%, bei den Maturanten und Akademikern 57%, bei den Angestellten 52%, bei den FPÖ-Wählern 76% und den KPÖ-Wählern 60%. Glaubenszweifel, die im „Drang nach Ungebundenheit“ wurzeln, spielen die größte Rolle bei den Maturanten und Akademikern (40%), 21- bis 29jährigen (19%), Selbständigen (28%) und FPÖ-Wählern (24%). (Die Intellektuellen sind also nicht allein von der „Wissenschaft“ her gefährdet!) Glaubenszweifel wegen Schicksalsschlägen spielen eine große Rolle bei den Geschiedenen (67%), bei den Verwitweten (36%), aber auch bei den 21- bis 29jährigen (39%) und bei den Arbeitern (30%).

#### *Glaube an Wunder*

Auch nach dem „Glauben an Wunder“ wurde gefragt. An die Wunder, die in der Bibel beschrieben werden, glauben 32%; 45% wissen es nicht, 23% glauben nicht daran; wieder ein Zeichen, wie groß die Abstriche vom christlichen Glauben sind. Die Prozentzahlen derer, die an die biblischen Wunder glauben, ist besonders gering bei den Geschiedenen (6%), bei den SPÖ-Wählern (7%), bei den FPÖ-Wählern (6%) und bei den KPÖ-Wählern (fast 0%). Interessant ist ferner, daß gegenüber den Wunderheilungen in Lourdes mehr Glaubensbereitschaft vorhanden ist, denn 38% der Befragten glauben, daß wirkliche Wunderheilungen vorliegen, 45%, daß die Heilungen in Lourdes zwar unerklärlich sind, doch auf keine überirdischen Kräfte zurückzuführen sind, und 14% halten die Berichte für unglaubwürdig (3% ohne Antwort). Wenn die Antworten auf die Frage nach dem religiösen Verhalten ein relativ günstiges Bild gaben, günstiger vielleicht, als man erwartet, geben die Antworten nach dem religiösen Glauben entschieden ein ungünstigeres Bild. Vieles rückt hier zusammen. Der schulmäßige Religions-



unterricht hatte bei vielen wenig Bedeutung. Er hat mit 14 Jahren überhaupt aufgehört. Es fehlte das organische Wachsen und Reifen des religiösen Wissens im Maß des Alterwerdens und im Rahmen der wachsenden Gesamtbildung, so daß die haftengebliebenen religiösen Vorstellungen der Kinderjahre beim Zusammenprall mit dem Leben auf einmal unzulänglich empfunden und aufgegeben oder allmählich stillschweigend abgebaut werden, trotz der Fortdauer eines religiösen Gefühles und einer gewissen Verbundenheit mit der Kirche. Daß es religiöse Hohlräume von dieser Ausdehnung gibt, ist jedenfalls eine erschreckende Tatsache.

#### *Aus Rom, Süd- und Westeuropa*

**Der Papst über die Würde der Frau im Christentum** Am 14. Oktober sprach der Heilige Vater über den Rundfunk zu den Mitgliedern des Italienischen Frauenbundes (CIF), die sich anlässlich einer Wallfahrt in Loreto zusammengefunden hatten. Er wies darauf hin, welche hohe Achtung das Christentum von Anfang an der Frau entgegengebracht habe, schon indem es den christlichen Frauen stets Maria als Vorbild vorgehalten habe. Die Kirche setze großes Vertrauen in den Einfluß der Frauen in Familie und Gesellschaft. Pius XII. hat selber in einer Rundfunkbotschaft des Jahres 1945 die Würde der Frau gegenüber falschen Theorien und frivolen Sitten in Schutz genommen. Dieselben Zeitübel bedrohen die Würde der Frau jedoch auch noch heute. „Die Frau, die die Krone der Schöpfung ist und in gewissem Sinne ihr Meisterwerk darstellt; die Frau, dieses sanfte Geschöpf, deren zarten Händen Gott offenbar einen so großen Teil der Zukunft der Welt als Helferin des Mannes anvertraut hat; die Frau, die der Ausdruck alles Guten, Liebenswürdigen und Freundlichen hienieden ist, wird heute, trotz eines falschen Anscheins von Erhöhung, häufig nicht geehrt und manchmal von der neuheidnischen Welt tatsächlich, wenn auch in nicht leicht faßbarer Weise, mit Verachtung behandelt.“

Für die Kirche dagegen ist die Frau in gewisser Beziehung von jeher mit dem Manne gleichberechtigt gewesen, zumal was ihre gemeinsame Bestimmung als Kinder Gottes angeht. Diese Gleichheit bedeutet jedoch nicht die Verkennung der unterschiedlichen Aufgaben der beiden Geschlechter und der daraus zu ziehenden Folgerungen.

„Da ist die verschiedene physische und psychische Struktur von Mann und Frau; da sind die verschiedenen Haltungen, Fähigkeiten und Neigungen, die, durch das wunderbare Gesetz der Ergänzung in Einklang gebracht, das Wirken von Mann und Frau zu harmonischer Ergänzung bringen. Vollkommene Gleichheit also in den grundlegenden persönlichen Werten, aber verschiedene Funktionen, die sich ergänzen und in wunderbarer Weise gleichwertig sind, aus denen aber die verschiedenartigen Rechte und Pflichten der beiden Geschlechter hervorgehen ...“

Die Mutterschaft stellt zwar nicht den absoluten Grund der Würde der Frau dar, verleiht ihr jedoch einen solchen Glanz und weist ihr einen so weitgehenden Teil an der Verwirklichung der menschlichen Bestimmung zu, daß sie allein schon genügt, jeden Mann auf Erden, groß oder klein, die Stirn in Ehrfurcht und Liebe vor der eigenen Mutter neigen zu lassen.

Wir haben indes schon bei anderen Gelegenheiten dargelegt, wie die Vollkommenheit der Frau, die die Natur zur physischen Mutterschaft bestimmt hat, ebenso auch, wo jene fehlt, durch vielfältige Werke der Wohltätigkeit, vor allem aber durch freiwillige Befolgung einer höheren Berufung, erreicht werden kann, deren Würde sich nach der göttlichen Größe der Jungfräulichkeit, der Liebe und des christlichen Apostolats bemißt.

Aus diesen Überlegungen folgt die leuchtende Wahrheit, daß alle Würde der Frau, sei es als Person oder als Mutter, aus Gott und aus seinen weisen Anordnungen hervorgeht. Eine Würde also, die nach dem Naturgesetz unaufhebbar und unveräußerlich ist und die die Frauen zu bewahren, zu verteidigen und zu steigern verpflichtet sind.“

Die weiteren Ausführungen des Heiligen Vaters in dieser Ansprache betrafen die konkreten Verhältnisse und Aufgaben der Angehörigen des Italienischen Frauenbundes, seine Verpflichtung zum Apostolat durch Tat und Beispiel in Familie, Gesellschaft, Politik und Gesetzgebung, vor allem auch für die Erhaltung des Friedens und die Besserung im Bereich der Arbeit und Wirtschaft.

**Der Heilige Vater zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe** Am 8. Oktober empfing Papst Pius XII. die Teilnehmer eines „Internationalen Treffens katholischer Organisationen der kleinen und mittleren Unternehmen“, die aus Deutschland (Katholischer Kaufmännischer Verein), Belgien, den Niederlanden und Italien gekommen waren, und hielt an sie eine kurze Ansprache, in der er sagte:

„Ihr Kongreß hat den Beitrag der kleinen und mittleren Unternehmen zur Eingliederung der menschlichen Person in Gesellschaft und Wirtschaftsleben untersucht. Das ist eine Frage von außerordentlicher Bedeutung, von der alle Reformen, alle Versuche, mehr Ordnung und Stabilität in das moderne Sozialgefüge zu bringen, ausgehen sollten. Wie kann jedem Glied der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben werden, wirklich als Mensch zu leben, sich durch ehrlichen Erwerb die Mittel zur Teilnahme am kulturellen Leben zu schaffen, eine den individuellen Fähigkeiten und der persönlichen Opferbereitschaft entsprechende Rolle im normalen Gang und der Organisation der Gesellschaft zu spielen und schließlich auch an den Entscheidungen mitzuwirken, von denen sein Schicksal auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene abhängt? Die von Christen geleiteten kleinen und mittleren Betriebe können mehr noch als andere die konkreten Lösungen dieses ernstesten Problems erkennen und durchführen.“

Sie betonen gern, daß die Vielfalt von Betrieben mittleren Ausmaßes, bei denen der Leiter gleichzeitig auch Eigentümer und manchmal Gründer ist, eine weitgestreute Verteilung des Privateigentums garantiert, wie sie zu den wesentlichen Vorbedingungen gesellschaftlicher Stabilität gehört; sie sichert die Unabhängigkeit und Würde des Einzelnen und der Familien und verleiht ihnen doch keine übertriebene wirtschaftliche Macht, die über die Reichweite ihrer wirklichen Verantwortung hinausginge. Der Privatunternehmer, der Kaufmann, der Landwirt bemüht sich darum, seinen Besitz durch seine Arbeit ertragreich zu machen; er sieht sogleich den Erfolg seiner Mühen wie auch die Folgen von Nachlässigkeiten oder



Irrtümern. Zwischen den materiellen Gütern und ihrem Besitzer bildet sich dabei eine Art ständiger Spannung, nämlich die der produktiven Tätigkeit unter mächtigen Stimulantien zum größeren Wohl der Gemeinschaft. Wenn aber der Besitzer des Unternehmens darin ein Mittel zur Erhaltung und Festigung seiner sozialen Position findet, ist es dann nicht nur recht, wenn er sich auch bemüht, alle, die von ihm abhängen und die ihm die Unterstützung ihrer Arbeit leihen, an den gleichen Vorteilen teilnehmen zu lassen? Haben nicht auch sie das Recht, einen gesicherten Platz in der Gesellschaft und die notwendigen Güter für sich und ihre Familien zu besitzen, mit ihnen nach eigener Initiative zu wirtschaften und rechtmäßigen Gewinn daraus zu ziehen? . . . Unser Wunsch ist, daß es der größtmöglichen Zahl von Menschen gegeben sein möge, diese Sicherheit, die ihnen die Gewißheit ständiger und durch ihre persönliche Mühe steigerungsfähiger Einkünfte gibt, dadurch zu erlangen, daß man ihnen hilft, noch mehr Zugang zu den Wohltaten des Eigentums und der Selbständigkeit, die dieses verleiht, zu erhalten. Es ist sicher, daß Arbeiter und Angestellte, die unmittelbar an der Rentabilität eines Unternehmens interessiert sind, weil ein Teil ihres Eigentums mit darin steckt und mit darin arbeitet, sich viel stärker verpflichtet fühlen, ihre Kräfte und selbst Opfer dafür einzusetzen. Auf diese Weise werden sie sich ihrer Menschenwürde und Verantwortung stärker bewußt; sie begreifen besser, daß andere von ihnen abhängen, und werden sich mit mehr Eifer in ihre tägliche Arbeit stürzen, auch wenn diese oft hart und langweilig ist.

Andrerseits verlangt auch die wirtschaftliche und soziale Funktion, die jeder Mensch erfüllen möchte, daß die Tätigkeit, die der Einzelne entfaltet, nicht völlig dem Willen eines anderen untergeordnet ist. Der Leiter eines Unternehmens schätzt vor allem seine autonome Entscheidungsgewalt; er plant, ordnet, leitet und nimmt die Folgen der von ihm getroffenen Maßnahmen auf sich. Seine natürlichen Anlagen, seine Ausbildung, seine technische Kompetenz, seine Erfahrung können sich in seiner leitenden Stellung auswirken und sind Anlaß zur Entfaltung seiner Persönlichkeit und zu schöpferischen Freuden. Nochmals: Darf der Chef seinen Untergebenen verweigern, was er selbst so hoch schätzt? . . . Eine menschliche Auffassung vom Betrieb muß um des Gemeinwohls willen zweifellos die Autorität des Chefs bewahren; aber sie könnte sich niemals mit einem so schmerzlichen Angriff auf die innersten Werte der Ausführungsorgane abfinden. Übrigens muß man bei technischen Verbesserungen oder gemeinsamer Anstrengung zur Produktionssteigerung an die unerläßliche Mitarbeit des Personals appellieren. Und da der Kontakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in den kleinen und mittleren Unternehmen unmittelbarer ist, scheint es dort vor allem nötig, daß die Ausführenden informiert und angehört werden, daß man ihren Wünschen und Vorschlägen Rechnung trägt, ihnen die Gründe einer Weigerung erklärt, die technischen und wirtschaftlichen Probleme, von denen die Rentabilität des Unternehmens abhängt, darlegt und daß sie die Möglichkeit haben, zu ihrer Lösung beizutragen. So kann man vermeiden, daß sich zwischen Direktion und Untergebenen eine Mauer von Vorurteilen, Mißverständnissen und ungerechtfertigter Kritik erhebt; man verhindert damit zahlreiche Konflikte, die auf Verkenning und Unkenntnis der wahren Situation beruhen.

Die Entwicklung der modernen Wirtschaft im Rhythmus ihrer zahllosen Erfindungen und von diesen abgeleiteten Anwendungen verschärft das Unbehagen der kleinen und mittleren Betriebe gegenüber ihren Konkurrenten größeren Ausmaßes. Die Modernisierung der technischen Ausrüstung, die rationelleren Methoden der Massenproduktion und der Verteilung geben meist den Betrieben, die über beträchtliche Kapitalien verfügen, einen Vorsprung. Gelegentlich befürchten Sie sogar, von den Riesen erdrückt zu werden, die mit ihrem ganzen Gewicht auf den schwächeren Strukturen lasten. Aber auch Sie verfügen über Schutz- und Verteidigungsmittel sowohl nach außen wie im Innern Ihrer sozialen Gruppe. Der Staat, der in Ihnen einen wichtigen Gleichgewichtsfaktor besitzt, darf Ihnen seine Unterstützung, auf die Sie zumal im Bereich der Kredite und der Steuerlasten angewiesen sind, nicht vorenthalten. Ihre Hauptstütze jedoch kommt Ihnen von innen, d. h. von Ihren Verbänden selber.

Man wirft dem Mittelstand oft übertriebenen Individualismus, totalen Unabhängigkeitsdrang und Mißtrauen gegen jede Änderung einmal angenommener Gewohnheiten vor. Wenn das soziale Leben beim Einzelnen die ganze Unabhängigkeit voraussetzt, die mit dem Gemeinwohl vereinbar ist, so verlangt es um so mehr Zusammenarbeit, Verständigung auf Grund von Vertrauen, Verzicht auf gewisse Privilegien, gewisse zu enge und zu egoistische Ansichten. Möge das Prinzip der Solidarität daher nicht nur innerhalb jedes Unternehmens, sondern auch unter gleichen Unternehmen klarer hervortreten, um Energievergeudung, unnütze Ausgaben zu vermeiden und vor allem um die zerstreuten Elemente eines beträchtlichen Wirtschaftspotentials in ein Bündel zusammenzufassen, das durch seine Zersplitterung um eine seiner wahren Bedeutung angemessene Wirkung gebracht wird. . . .

Schließlich möchten Wir hinzufügen, daß das christliche Ideal niemals aufhören darf, Ihre Schritte zu leiten. . . . Man hat nichts geleistet, wenn man zwar die Besserung der Wirtschaftsbedingungen gesichert, aber versäumt hat, die kulturellen, sittlichen und religiösen Werte zu vertiefen. . . .“

**Der Papst über die Bedeutung des Mittelstandes**

Am 25. Oktober empfing der Heilige Vater die Teilnehmer eines Kongresses des „Internationalen Mittelstandsinstituts“ in Audienz und begrüßte sie in einer kurzen Ansprache, in der er sagte:

„Gewiß stellt der Mittelstand kein neues Element der Gesellschaft dar, im Gegenteil. Aber die Entwicklung des Großkapitalismus einerseits und des Lohnarbeitertums andererseits hat eine Menge von Ordnungen und Institutionen hervorgerufen, bei denen ein wesentlicher Teil der Bürgerschaft eines jeden Landes, nämlich die, die gewöhnlich an der Produktion durch ihre persönliche Arbeit und ihr persönliches Kapital teilnehmen, die Handwerker, selbständigen Kaufleute, kleinen und mittleren Industriellen, die Mehrzahl der Landwirte, die Freien Berufe, gewisse Beamten- und Angestelltenschichten und die meisten Rentner, übergangen werden.“ Der Papst wies darauf hin, daß gerade jetzt eine Studie auf Grund einer weitgespannten Enquete den Begriff Mittelstand sowie seine Lage in den europäischen Ländern zu klären versucht. Als eine der Hauptorgen der vom Internationalen Mittelstandsinstitut betreuten Schichten nannte der Papst die



Folgen der Steuerbelastung in vielen Ländern. Das Internationale Mittelstandsinstitut möchte für die Mittelstandsschichten eine Rolle übernehmen, wie sie das Internationale Arbeitsamt in Genf für die Arbeiterklasse besitzt. Der Heilige Vater fuhr dann fort:

„Die Mittelstellung, die Sie besitzen, der zahlenmäßig bedeutende Raum, den Sie in der Bevölkerung einnehmen, die Ihren Schichten eigenen Tugenden machen Sie zu einem Element der Mäßigung und des Gleichgewichts, das erstickt zu werden droht, wenn die Lasten, die ihm auferlegt werden, die tatsächliche Leistungsfähigkeit übersteigen. Durch die persönliche Verantwortung, die Sie gewöhnlich in Ihren Stellungen tragen, durch den oft anzutreffenden Charakter eines Familienbetriebs bei Ihren Unternehmen wird bei Ihnen der Sinn für Qualitätsarbeit, Sparsamkeit und Voraussicht erhalten und entwickelt, glückliche Früchte der relativen Unabhängigkeit, die, wie Sie mit Recht meinen, einen wesentlichen Zug Ihrer sozialen Schicht ausmacht. Man hat festgestellt, daß die Länder, wo der Mittelstand zu klein oder zu schwach war, den schwersten und gewalttätigsten politischen Exzessen ausgesetzt sind. Sie sind gemäß Ihrer Tradition auf Seiten der Stabilität und der auf die distributive Gerechtigkeit gestützten Schiedssprüche. Diese soziale Rolle kennzeichnet Sie; und Sie müssen ihr Sinn geben durch eine hohe Auffassung vom Gemeinwohl. Die Existenz nationaler und internationaler Mittelstandsinstitute erlaubt es gerade, auf Grund von möglichst umfassenden und vollständigen Fakten das Maß von Freiheiten und das Maß von legitimen Dienstbarkeiten herauszuarbeiten, das jeweils in jedem Lande zugestanden werden kann und auferlegt werden muß, damit das nationale und internationale Gleichgewicht friedlich gesichert bleibt.

Sie sollen auch ein Faktor sittlicher Gesundheit sein, denn Sie besitzen neben der Liebe zu einer gerechten Freiheit auch eine hohe Vorstellung von der persönlichen Würde und der gegenseitigen Achtung, ohne die das soziale Leben zu einem Kampf egoistischer und blinder Leidenschaften entarten würde. Möchten Sie Ihre Überlegungen und Schritte auch nach den Richtlinien jener Weisheit richten, die das Evangelium lehrt. Hat ein glückliches gesellschaftliches Gleichgewicht nicht seine sicherste Grundlage in einer Sittenordnung, die nicht auf kalten logischen Berechnungen beruht und sich vor allem um eine billige Verteilung der materiellen Güter kümmert, sondern auf der Gerechtigkeit und hochherzigen Liebe nach dem Beispiel Christi, d. h. einer selbstlosen Liebe, die mit Selbstvergessenheit, Verzicht und Opfer einhergeht und auf dieser strengen, aber von Gott selber vorgezeichneten Bahn das einzige Mittel sieht, nach Möglichkeit in dieser Welt mehr Brüderlichkeit und Freude herrschen zu lassen?“

#### Der Papst an den spanischen Außenminister

Der spanische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Alberto *Martín Artajo*, unterbrach seine politische Reise in die Türkei in Rom und wurde mit seinen Begleitern und dem spanischen Botschafter beim Heiligen Stuhl von Papst Pius XII. empfangen. Der Heilige Vater richtete an ihn eine Ansprache, die nach persönlichen Begrüßungsworten zunächst auf die ernste weltpolitische Lage einging. Dann wandte er sich dem von dem Minister repräsentierten Land zu und fuhr fort: „Das katholische Spa-

nien hat gewisse Schandtaten erlebt, und vielleicht war diese Erfahrung eine besondere Gnade des Allerhöchsten, um es vor schweren Gefahren zu schützen. Unser heißer Wunsch ist es, daß Spanien diese Auszeichnung wohl zu nützen wisse und unablässig fortschreite in der Reorganisation seiner Produktionsmittel, im Aufbau seiner fundamentalen Institutionen, in der praktischen Verwirklichung der Grundsätze, die es akzeptiert und immer anerkannt hat, in der Einschaltung seiner reichen nationalen Wesensart in die allgemeine Harmonie der Völker und, vor allem, in der vollen Befriedung der Geister durch die echte Hereinnahme seiner hohen christlichen Ideale in alle Bereiche seines wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens.“ Der Papst schloß mit dem Segen für den spanischen Staatschef, seine Regierung und für „das ganze, überaus geliebte spanische Volk“.

Die Meldung, daß ein Sohn des spanischen Außenministers zur evangelischen Kirche übergetreten sei (ein schon zwei Jahre altes Gerücht, das jetzt wieder in italienischen und schweizerischen Blättern kolportiert wurde), ist von der Familie *Martín Artajo* als völlig aus der Luft gegriffen demüthigt und von der katholischen Nachrichtenagentur „Prensa Asociada“ als politische Intrige entlarvt worden.

**Wachsende Opposition gegen das Franco-Regime in Spanien** „Franco stützt sich auf die Armee und die Kirche.“ In diesem Gemeinplatz sind sehr komplexe Tatbestände in einer Weise vereinfacht, daß nur ein Zerrbild der Wirklichkeit entstehen kann. In bezug auf die Kirche haben wir das schon dargelegt (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 378), und auch Papst Pius XII. ist darauf mit weise mahnenden Worten eingegangen (vgl. die vorhergehende Meldung). Inzwischen sind auch aus dem spanischen Heer oppositionelle Bestrebungen bekanntgeworden, die wiederum grundsätzliche Bedeutung haben.

#### Umwandlung der Falange

Die letzten zwei Jahre spanischer Innenpolitik sind gekennzeichnet durch ein konsequentes Einschwenken Francos auf den monarchistischen Kurs. Im Dezember 1954 einigte sich der spanische Staatschef mit dem im Exil lebenden Thronprätendenten Juan von Bourbon, ein Jahr später wurde dessen jetzt 19jähriger Sohn, der zum künftigen spanischen Monarchen ausersehene Prinz Juan Carlos, in der Militärakademie von Zaragoza vereidigt, und im gleichen Monat Dezember 1955 erhielt der zwei Jahre lang in Ungnade gefallene Führer der katholischen Sozialmonarchisten, der Madrider Philosophieprofessor, politische Publizist und Verleger *Rafael Calvo Serer*, nach einer Unterredung mit Franco wieder Betätigungsfreiheit auch innerhalb Spaniens. Das Erziehungsministerium unter dem „links“ stehenden *Joaquín Ruiz Giménez*, der Falange-Minister *Raimundo Fernández Cuesta* und die ganzen republikanisch-revolutionären Kreise der falangistischen Einheitspartei opponierten heftig gegen diese neue politische Linie. Auch der Rücktritt des Madrider Universitätsrektors und in seinem Gefolge fünf weiterer Universitätsrektoren anlässlich der Nekrologe für Ortega y Gasset († 18. 10. 55) war ebenso wie die heftigen Studentenunruhen im Februar 1956 eine Demonstration (unter anderem) gegen den monarchistischen Kurs. Franco opferte die beiden genannten Minister und ersetzte sie durch den jungen Professor *Jesús Rubio y García-Mina* (Erziehungsmini-



ster) bzw. den gemäßigten, den Traditionalisten gewogenen Falangisten José Luis de Arrese. Auch der Leiter der Falange-Jugend wurde ausgewechselt. Ende April erläuterte General Franco vor 25 000 Falangisten in Sevilla seine Vorstellung von einer Volksmonarchie auf der Basis der Falange, während der neue Parteiminister Arrese die Falange als eine breite Volksbewegung für Menschen jeglicher Gesinnung charakterisierte. Im Juli wurde eine neunköpfige Juristenkommission eingesetzt, die Vorschläge zur Verfassungsreform ausarbeiten sollte. Am 1. Oktober wurden dann diese Reformvorschläge (die Gesetzentwürfe darstellen und jetzt Falange-Nationalrat, Staatsschef und Cortes passieren) bekanntgegeben. Der erste Entwurf betrifft die Struktur der Falange-Bewegung, die nun auf die breiteste Basis gestellt werden und die „Gesellschaft gegenüber dem Staat“ repräsentieren soll; die Posten der Partei und die Gouverneure der 50 Provinzen sollen nicht mehr ausschließlich mit Falangisten und nicht mehr durch Ernennung, sondern durch Wahl besetzt werden. Der zweite Entwurf bestimmt die Trennung der Ämter des Staatsschefs und des Regierungschefs und regelt die Berufung des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts. Weiterhin war von der Aufhebung der Pressezensur und einer allgemeinen Amnestie die Rede. Die Tendenzen dieser Reformbestrebungen sind klar: Es handelt sich um eine gewisse Demokratisierung und um die Umwandlung der Falange aus der Partei der „nationalen Bewegung“ in ein Repräsentationssystem des ganzen Volkes. Wie zahlreiche Zeitungen daraus einen „verstärkten Einfluß der Falange“ kommentieren konnten, bleibt unerfindlich. Ebenso falsch ist die Haltung der Pariser „Le Monde“, die die Entwicklung als einen Kampf der katholischen Reaktionäre gegen die fortschrittlich-demokratischen Kräfte interpretierte und das „Opus Dei“ brandmarkte. (Wie die Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 143, aufwies, ist das Opus Dei ein Säkularinstitut und als solches eine rein kirchlich-religiöse Einrichtung; die politische Aktivität Calvo Serers hat mit seiner Mitgliedschaft im Opus Dei und mit dessen 25jähriger segensreicher Tätigkeit gar nichts zu tun. Auch die „Katholische Nachrichten-Agentur“, Informationsdienst Nr. 16, hat hier falsche Zusammenhänge hergestellt.)

#### *Die Haltung des Heeres*

Wie in allen autoritären Staaten spielt auch in Spanien das Heer eine gewichtige Rolle, und gerade hier darf man nicht vergessen, daß der Staatsschef Franco in erster Linie ein Mann der Armee ist und erst danach ein Mann der Falange. Sein jetziges Einschwenken auf den monarchistischen Kurs war nur möglich, weil das Heer hinter ihm stand und ihn gegen die radikalen Strömungen in der Partei unterstützte.

Diese Unterstützung erfolgte aber keineswegs bedingungslos. Nachdem vermutlich schon vorher hinter den Kulissen entsprechende Aussprachen stattgefunden hatten, legten im Frühsommer 1956 fünf der „Capitanes Generales“ (Oberbefehlshaber der neun Militärdistrikte, in die Spanien eingeteilt ist — neben der militärischen zugleich eine quasi-Verwaltungsfunktion) Franco eine Petition vor, in der sie die schnelle Liberalisierung des Regimes und die Zulassung einer zweiten, unabhängigen Partei forderten. Diese Forderungen wurden unterstützt von zahlreichen Persönlichkeiten des zivilen Lebens und der Universitäten. Man erwartete für die traditionelle Ansprache Francos am 18. Juli, dem Jahrestag der nationalen

Erhebung (diesmal sogar dem 2. Zehnjahrestag), entscheidende Konzessionen und die Verkündung einer grundsätzlichen staatlichen Neuordnung.

Diese Erwartungen wurden restlos enttäuscht, die fälligen Reformen weiter hinausgeschoben. Franco erschien in Falange-Uniform und roter Mütze und lieferte eine — wohl taktisch gemeinte — Apologie der falangistischen Prinzipien. Auch der 1. Oktober, der Jahrestag der Ausrufung Francos zum Staatsschef, brachte nur die Ankündigung der eingangs genannten, sehr beschränkten Reformen.

Die spanische Armee (und nicht nur sie) gab sich damit keineswegs zufrieden. Hohe Offiziere aus den Militärgarnisonen in Madrid, Barcelona, Sevilla, Valencia und Valladolid — Mitglieder der „Juntas de Acción Patriótica“, auch „Jungtürken“ genannt — verfaßten ein Manifest, das sie zunächst ihren obersten Vorgesetzten und dann erst, also sozusagen auf dem Dienstweg, General Franco vorlegten. Der Text zirkuliert gegenwärtig privat in Spanien; er ist fast vollständig abgedruckt in der New-Yorker Exilzeitschrift „Iberica. For a free Spain“ (Oktober 1956). Wir bringen im folgenden wesentliche Auszüge aus dem Manifest, weil es bei aller Schärfe des Tones und auch gewissen sachlichen Übersteigerungen historische Bedeutung hat.

„Die Auflösung unter den herrschenden Schichten der spanischen Gesellschaft ist eine sichtbare und wohlbekannte Erscheinung. Während die Intellektuellen auf der einen Seite und die Arbeiterschaft auf der anderen mehr und mehr ein soziales Bewußtsein erlangen und sich in einem gewissen Grad spontaner Einheit über private Interessen hinweg zu gruppieren versuchen, haben die herrschenden Schichten nicht einmal die wirtschaftlichen Probleme gelöst, und sie fahren fort, das Netz ihres eigenen Gefängnisses zu weben . . . Jawohl, Spanien droht ins Chaos zu stürzen, weil es im Schlepptau der Blindheit eines Mannes liegt, der zwar zu gewissen Zeiten geschichtliche Wirksamkeit entfaltete und Ruhm erlangte, der aber heute in jeder Beziehung dem Niedergang und dem ewigen Geschick aller Diktatoren geweiht ist. Die Symptome sind alarmierend:

Mangel an Autorität und Prestige der Regierung;  
absolute Unbrauchbarkeit der Institutionen, die als Instrumente des Staates geschaffen wurden;

Armut und praktisch Sklaverei der arbeitenden Schichten, die der elementarsten Freiheiten und Garantien des Christentums und des Naturrechts beraubt sind . . .

die latente Scheidung zwischen dem jüngeren Klerus, der sich mit dem Volk identifiziert, und der Hierarchie;  
die Entstehung unlösbarer Probleme an den Universitäten;

die Auslieferung Spaniens und seiner strategischen Gebiete an die Amerikaner im Austausch für ein biblisches Linsengericht . . .

der apokalyptische Ton in den Reden des Staatsschefs, der nur das Schlingern des Staatsschiffs widerspiegelt;

die skandalöse Sittenlosigkeit gewisser Kabinettsminister, die unter einem verantwortlichen Regime als gewöhnliche Kriminelle behandelt würden;

die Unglaubwürdigkeit der Presse, die unter einem Regime absoluter Willkür der verlängerte Arm der Regierung zu sein hat;

ganz allgemein die Desintegration einer Diktatur, die nicht nur in ihren Einzelfaktoren, sondern in ihrem Wesen verfassungs- und naturwidrig ist.



Das ist die Situation, wie sie sich uns darbietet — nicht etwa aus einem Geist der Zerstörungssucht heraus, sondern im Geiste echter, patriotischer und verantwortlicher Sorge.

Nachdem nun die ausländische Einkreisung überwunden ist (um derentwillen sich die Spanier mit ihrem Regime als dem geringeren Übel zufriedengaben), ist die Zeit gekommen, eine Bilanz des Regimes zu ziehen. Die Wahrheit ist, daß außer dem ‚orthopädischen Frieden‘, den es uns auferlegt hat, und den Halbwahrheiten, die zu widerlegen niemand sich die Mühe macht, das Regime keines seiner großen Ziele erreicht hat, obwohl es doch zwanzig Jahre lang die ganze Macht auf sich konzentrierte:

Die Befriedung und Einigung der Spanier ist ihm nicht gelungen;

es hat die Ideale der Nationalen Bewegung (Falange) verfälscht;

es hat weder Liberalismus noch Totalitarismus überwunden, vielmehr beides in einem hybriden Gemisch zusammengewürfelt . . .

es hat seine Gefolgschaft in der Jugend verloren und sich kurzweg als unfähig erwiesen, die Nationalidee, die soziale Gerechtigkeit, den Repräsentativstaat, die saubere Verwaltung und die gerechte Gesellschaft zu verwirklichen, die uns versprochen worden waren . . .

Nunmehr, nach zwanzig Jahren, vereinigt sich Spanien, seiner politischen Rechte bewußt, in mündiger Bürgerhaltung, erschöpft durch die Bevormundung, die es erleiden mußte, und fordert die friedliche Übergabe der Macht, die ihm gehört, um die zerbrochene Legalität wieder aufzurichten . . . Die Spanier wollen Frieden für sich und für ihre Kinder. Sie wissen, daß Gewalt nur in endloser Folge immer mehr Gewalt erzeugt . . .

Die herrschenden Schichten müssen verhüten, daß das schreckliche Dilemma *Spanien oder General Franco*, das sich am Horizont abzeichnet, zur Auswirkung kommt; sie müssen ihn zwingen, die Macht an ein Volk abzugeben, das mannhaft und zielbewußt seine Stimme erhebt. Spanier! Seid stark! Es lebe Spanien!“

#### *Die Opposition wächst*

Selbst wenn man von diesem Text einiges auf das Konto südländischen Pathos' bucht, bleibt noch immer eine sehr massive Anklage, hinter der zudem nicht irgendwelche Politikaster oder berufsmäßige Querulanten stehen, sondern die Kerngruppe einer innerlich starken Armee und mit ihr zahlreiche Gleichgesinnte aus allen Lagern. (So legt beispielsweise der Professor für Verwaltungsrecht an der Universität Santiago de Compostela, L. López Rodó, im Septemberheft der modernen und besonders für Weltprobleme sehr aufgeschlossenen Kulturzeitschrift „Nuestro Tiempo“ ein 28seitiges Programm für eine spanische Verwaltungsreform vor.) Die bisher völlig zerspaltenen Oppositionstendenzen haben sich in einem beträchtlichen Ausmaß einander angenähert, und dieses Zusammengehen ist das eigentliche und folgenschwere Charakteristikum der jüngsten Entwicklung. Die spanischen Linkskreise standen immer gegen Franco, betont die „Iberica“ in ihrem Kommentar; zum erstenmal ist aber nunmehr eine wirksame Rechtsopposition in Erscheinung getreten. Die führenden Rechtskreise haben Franco ihr Vertrauen aufgekündigt.

Im Anschluß an die seinerzeitigen Studentenunruhen entschloß sich das Informationsministerium zu einem für

autoritäre Regime recht ungewöhnlichen Schritt, nämlich einer Meinungsumfrage unter den spanischen Studenten. Das Ergebnis (über einen Korrespondenten der „New York Times“ in der Welt bekanntgeworden) dürfte auf Franco und seine Gefolgsleute sehr ernüchternd gewirkt haben:

81% der Befragten sind gegen die Wiedereinführung der Monarchie, 65% sehen die Lösung nur bei einer sozialistischen Republik;

74% werfen den Regierenden Unfähigkeit, 85% Egoismus und unmoralisches Verhalten vor;

90% halten das Offizierskorps für unfähig;

70% beurteilen die soziale Haltung der Kirche als antiquiert und unzeitgemäß.

Nun war zwar die Befragungsbasis sehr schmal (nur jeder 50. von rund 20000 spanischen Studenten erhielt einen Fragebogen), und die spanische Studentenschaft darf als alles andere denn als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung gelten (Studenten und Intellektuelle sind in Spanien seit Jahrhunderten in ihrer Mehrheit linksradikal), aber alles in allem ist noch heute das Urteil der „Neuen Zeitung“ vom 9. 6. 1950 zutreffend: „90% der Spanier sind mit dem heutigen Zustand unzufrieden, aber ebenso viele sind einer Revolution absolut abgeneigt. Die Schrecken des Bürgerkrieges sitzen dem Volk noch tief in den Knochen.“ „Franco ist besser als ein Bürgerkrieg“ — diese allgemeine Einsicht in das geringere Übel hat den spanischen Staatschef (der zweifellos auch einige große Verdienste für sich buchen kann) bis heute über Wasser gehalten. Aber die Basis für sein jetziges Regime wird von Monat zu Monat schmaler. Die bis dato von der Außenwelt völlig abgeschlossene spanische Bevölkerung hat durch die Zusammenarbeit mit Amerika und die Touristeninflation der letzten Jahre Anschluß an allgemeine Auffassungen und Forderungen gewonnen, die sich mit der spanischen Wirklichkeit nicht vereinbaren lassen.

Die Affekte und Ressentiments der Studenten sind zweifellos keine Grundlage, auf der man aufbauen kann. Am erfolgversprechendsten und für Spanien am angemessensten darf wohl das Programm breiter Kreise um *Calvo Serer* gelten: Monarchie auf lange Sicht, echte Volksvertretung und Gewaltenteilung zwischen Krone, Regierung und Parlament (bei starker Exekutivgewalt), Evolution statt Reglementierung, Zulassung konstruktiver Opposition, Schaffung organischer Institutionen von unten her, zeitgemäße Sozialpolitik.

Eine Reform an Haupt und Gliedern im spanischen Staat muß kommen und wird in absehbarer Zeit kommen; denn es scheint ein providentielles Entwicklungsgesetz in allen autoritären Regimen zu sein, daß „Freiheit fortzeugend Freiheit muß gebären“.

#### **Die französische Hierarchie und die Krise der französischen katholischen Jugendorganisationen**

Die Spaltung zwischen den Jugendorganisationen der Katholischen Aktion in Frankreich, über die wir im April dieses Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 312 ff.) berichtet haben, hat sich nicht vermindert, im Gegenteil. Sie erreichte einen Höhepunkt, als am 15. Sept. der Präsident der ACJF (Associations Catholiques de la Jeunesse Française), André Vial, seine Demission einreichte. Vial war aus der JAC, der Christlichen Landjugend, hervorge-



gangen. Er vertrat den Standpunkt der vier Organisationen JAC, JEC, JIC und JMC (Landjugend, Studenten, Mittelstand und Seeleute) gegenüber der JOC, der Christlichen Arbeiterjugend, die sich den Vereinheitlichungstendenzen der übergeordneten Organisation der ACJF, die alle fünf Jugendorganisationen zusammenfaßt, in keiner Weise fügen will. Die Aktionsformeln, mit denen sich die beiden Gruppen innerhalb der katholischen Jugend Frankreichs gegenüberstehen, lauten „Evangelisation“ auf seiten der JOC, „ganzheitliche Erziehung“ auf seiten der anderen vier Verbände. In den verschiedensten Stellungnahmen, Predigten, Briefen haben Mitglieder der französischen Hierarchie darauf hingewiesen, daß diese beiden Methoden sich in Wahrheit nicht widersprechen. Sie sind auch nur eine Seite des tieferen Konflikts, dessen Ursache man vielleicht am ersten darin sehen kann, daß, wie „Informations Catholiques Internationales“ (Nr. 33, 1. 10. 56) bemerkt, die JOC „die einzige wirkliche ‚Klassen‘-Bewegung ist. Man könnte tatsächlich nicht von der Studenten-‚Klasse‘, der Matrosen-‚Klasse‘ sprechen, und die JAC ihrerseits spricht mit Recht von der bäuerlichen ‚Welt‘, in der es vom Landarbeiter bis zum kleinen Eigentümer oder Großgrundbesitzer mehrere soziale ‚Klassen‘ gibt.“ Die Situation der JOC ist daher tatsächlich eine besondere, die immer wieder zu Reibereien mit den Absichten der anderen Organisationen führt. Auf dies alles werden wir zurückkommen müssen, wenn im Dezember die jährliche Sitzung des Bundeskomitees der ACJF stattgefunden hat. Da es sich in der ganzen Auseinandersetzung, wie wir schon im April sagten, um die Rolle des Laien in der Kirche und um die Mission der katholischen Aktion handelt, deren von den Päpsten festgelegter Charakter überall immer wieder vergessen wird, bleibt sie von großem allgemeinem Interesse. Dies gilt insbesondere auch von den lehramtlichen Stellungnahmen der französischen Hierarchie, wie sie eben jetzt wieder stattgefunden haben. Die Versammlung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe, höchste Instanz der Kirche in Frankreich, deren Herbstsitzung vom 17. bis 19. Oktober in Paris stattfand, hat zunächst ein kurzes Kommuniqué zu der Lage der Jugendorganisationen und wenige Tage später eine inhaltsreiche „Note doctrinale“ veröffentlicht, die wir unsern Lesern zur Kenntnis geben. Das Kommuniqué lautet:

#### Kommuniqué an die Jugendorganisationen

„Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe möchte zunächst den Leitern der fünf Jugendbewegungen danken und Glück wünschen, daß sie ihre Bereitschaft zu brüderlicher Zusammenarbeit bewiesen haben, indem sie regelmäßig jeden Monat während eines ganzen Tages die Zusammenkünfte der Exekutivkommission der ACJF von Februar bis zu den Ferien durchgeführt haben.

Aus Gründen, die er als loyaler Mann im Vertrauen seinen Kameraden der ACJF mitgeteilt hatte, glaubte der Präsident im September seine Demission einreichen zu müssen.

Die Bereitschaft, die gemeinsame Arbeit wieder aufzunehmen, besteht weiter. Diese Zusammenarbeit muß sich in Liebe, Klarheit und Wahrheit vollziehen.

Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe erinnert an ihre ‚Note doctrinale‘ vom März 1955 [vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 312], in der drei grundlegende Merkmale der spezialisierten Katholischen

Aktion aufgezeigt waren, so wie sie die Päpste definiert haben: Apostolat der Laien, organisiertes Apostolat zur Christianisierung eines Milieus, Mitarbeit an der apostolischen Mission der Kirche in Abhängigkeit von der Hierarchie. Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe fordert, daß die Einigung auf dieser Grundlage zustande kommt.

Bis zur Gründung der spezialisierten Bewegungen der Katholischen Aktion hat die ACJF in der Treue gegenüber der Kirche eine soziale und politische Aktion junger Katholiken zum Wohl des Staates erfüllt. Sie hat Generationen von jungen Menschen zu einem glühenden Glauben und zum Bewußtsein ihrer Pflichten als Bürger erzogen.

Das Auftreten der spezialisierten Katholischen Aktion hat ihr neue Probleme gestellt. Als ständige Koordinierungsstelle der verschiedenen Bewegungen der spezialisierten Katholischen Aktion mußte die ACJF notwendigerweise selber Katholische Aktion im genauen Wortsinne gemäß der Definition der Päpste werden: sie muß daher jetzt die Koordinierung der Bewegungen sichern, damit alle jungen Menschen der verschiedenen Milieus von ihrem apostolischen Einsatz erreicht werden.

Diese apostolische Mission, deren Ziel die Evangelisierung des Milieus und die Erlösung des Menschen ist, bereitet durch gleichzeitige Bemühung um Erkenntnis und Erziehung die Mitglieder der spezialisierten Katholischen Aktion auf einen sozialen und politischen Einsatz vor, damit sie als Christen ihre Verantwortung beim Aufbau des Staates auf sich nehmen können.

Demzufolge erklärt die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe einstimmig: 1. die Notwendigkeit der Erhaltung der ACJF als ständiges Verbindungsglied und Einheitszentrum unter den fünf spezialisierten Bewegungen der männlichen Jugend; sie fordert 2. die Präsidenten und Kapläne der fünf Bewegungen, sowie P. Aunet, den Generalaumônier der ACJF, auf, ihre Bemühungen um eine Anpassung der Statuten der ACJF an die heutigen Verhältnisse im Sinne der ‚Note doctrinale‘, die ihnen ausgehändigt werden wird, und in enger Verbindung mit dem Generalsekretär der Katholischen Aktion fortzusetzen.“

#### Note doctrinale über das Wesen der Katholischen Aktion

Dieses Lehrdokument (das in „La Croix“ am 30. 10. 56 veröffentlicht worden ist) geben wir mit geringen Kürzungen im Wortlaut wieder. Nach kurzem Rückverweis auf die Note vom März 1955 führt der I. Teil, mit der Überschrift „Die Prinzipien“, aus:

##### 1. Katholische Aktion ist Apostolat

„Der Begriff Apostolat ist für die Idee der Katholischen Aktion wesentlich. Sie verwirklicht gleichzeitig und durch dieselbe Bemühung eine ganzheitliche Erziehung der menschlichen Anlagen und der Tugenden des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe, indem sie von den Problemen des wirklichen Lebens ausgeht. Das Apostolat für das Wachstum des Leibes Christi und die soziale Herrschaft Jesu Christi sind ein christlicher Wert: er muß gerettet werden.

Denn er ist in unseren Tagen bedroht. Das Missionsbewußtsein ist bei den Christen schwach geworden und zuweilen selbst verlorengegangen, zugleich mit der Schwächung oder dem Verlust des Sündenbewußtseins und des Bewußtseins von der Erlösung.



Dieser Mangel ist um so ernster, als er in einer Zeit hervortritt, wo das missionarische Problem des Heils so vieler Menschen, die dicht bei uns in von der Kirche abgeschnittenen Milieus leben, sich mit beunruhigender Dringlichkeit stellt. Die Hierarchie wiederholt seit Jahren immer wieder ihre Aufrufe an die Christen, sie möchten die Wichtigkeit des missionarischen Apostolats verstehen: es geht dabei um das Heil sehr vieler Menschen, die die Botschaft des Evangeliums noch nicht empfangen haben... Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe wiederholt heute einen dringenden Aufruf an die gesamte Jugend der Bewegungen, die Leiter und die Kapläne, damit es in diesem Punkt kein Zögern, keine Diskussionen, keine Unsicherheit gibt; es handelt sich um eine entscheidende und dringende Pflicht. Alle werden glühende Apostel sein wollen, vollkommen bewußt und entschlossen, ihre Verantwortung auf sich zu nehmen und sich nicht Rast noch Ruhe zu gönnen, bis sie ihr Lebensmilieu gemäß den Anforderungen des Evangeliums umgestaltet haben' (Pius XII. in einem Brief an Msgr. Cardijn, 21. März 1949; [vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 407]). In ihrem Milieu sollen 'junge katholische Aktivisten und die aus ihren Reihen hervorgegangenen älteren Menschen den Sauerkeim des Evangeliums verbreiten. Ihre Sache ist es, durch wohlüberlegtes Handeln in ihrem Milieu das wahre Ausmaß der Liebe Christi und die unerbittlichen Forderungen ihres christlichen Namens zu entdecken' (Pius XII. in einem Brief an die französische JAC zu deren 20jährigem Bestehen, 7. Mai 1950).

### 2. Organisiertes Apostolat

Die spezialisierte Katholische Aktion ist nicht nur ein Nebeneinander von individuellen Apostolaten: sie ist die Organisation des Apostolats der Laien in einem Lebensmilieu mittels einer besonders mit einem Evangelisationsauftrag betrauten Bewegung.

Immer wieder zeigen sich gewisse Schwierigkeiten, die Wichtigkeit dieser Bestimmung zu begreifen. Sie stellte jedoch die große Neuigkeit der spezialisierten Katholischen Aktion dar. Vor ihr hat es jederzeit in der Kirche zahlreiche Apostel im eigenen Milieu gegeben, und es gibt sie immer noch. Heute ist das Problem, das sich der ACJF stellt, gerade das einer Koordinierung der Bewegungen zur Übernahme der apostolischen Verantwortung für die Jugend der verschiedenen Milieus.

Jede einzelne Bewegung ist nicht imstande, die Evangelisierung ihres Milieus wirksam anzupacken, wenn jede der anderen Bewegungen nicht in ihrem Lebensmilieu eine entsprechende apostolische Arbeit verfolgt...

### 3. Mitarbeiter an der missionarischen Aufgabe der Hierarchie

Es ist natürlich, daß die, die nicht glauben oder deren Glaube schwankt, die Beziehungen der Laien zur Hierarchie nur unter menschlichem Gesichtswinkel und oft in politischer Perspektive sehen. Sie reden davon, wie sie von den Ansprüchen einer Gruppe gegenüber einer äußeren Autorität reden würden, gegen deren Einmischungen diese sich verteidigen will. Damit machen sie es sich unmöglich, sich dem Geheimnis der Kirche zu öffnen.

Die Kirche will die Laien keineswegs in einer passiven Abhängigkeit erhalten, sie fordert sie vielmehr inständig auf, an der apostolischen Aufgabe der Hierarchie mit-

zuarbeiten, mit ihr und unter ihrer Leitung aktiven Anteil an der Sorge für das Heil der Seelen zu nehmen. Sie erteilt der Bewegung ein Mandat zur Evangelisierung eines bestimmten Milieus. Die Beziehungen der Laien zur Hierarchie verstehen sich nur im Lichte des Glaubens, des Glaubens an den in seiner Kirche durch das Lehramt der apostolischen Hierarchie, ihr sakramentales Ministerium und ihre Jurisdiktion lebenden und wirkenden Christus.

## II. Das Engagement für ein Handeln in der Welt

Hinsichtlich dieses Problems sind schwere Irrtümer begangen worden. Es gibt Leute, die der Hierarchie und der Katholischen Aktion vorwerfen, sie verbiete das Engagement in einer zeitlichen Aktion.

### 1. Individuelles Engagement

Tatsächlich hat es die Hierarchie den Laien wieder und wieder zur Pflicht gemacht, sich bei Aktionen politischen, gewerkschaftlichen, sozialen, familiären Charakters einzusetzen, um dabei ihre persönliche Verantwortung als Bürger auf sich zu nehmen...

Tatsächlich sind die jungen Katholiken der verschiedenen Bewegungen, im Gegensatz zu dem, was gewisse Leute sagen und schreiben, Mitglieder der Gewerkschaften vom 18. Lebensjahr an, Mitglieder der Mutualités, und sobald sie das wahlpflichtige Alter erreicht haben, nehmen sie frei und in persönlicher Verantwortung ihren Platz in einer politischen Bewegung ein.

Die Katholische Aktion ihrerseits verlangt von ihren Mitgliedern, daß sie sich als Christen in diesen verschiedenen Formen von Betätigung in der Welt einsetzen: sie zeigt ihnen die Forderungen der sozialen Liebe, die sich heute auch auf die Einrichtungen, die gesellschaftlichen Strukturen erstreckt, um in ihnen die Forderungen der sozialen Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen. Die Jugendbewegungen bilden das Gewissen ihrer Mitglieder zur Kenntnis der menschlichen Probleme heran, die die jungen Menschen und das Leben der modernen Welt angehen. Durch eine ganzheitliche Erziehung bereiten sie sie auf ihre Zukunft, auf ihr Familienleben als Gatten und Eltern, auf ihre soziale Aktion christlichen Geistes in Beruf und Staat vor.

### 2. Das Engagement der Bewegung

Auf der Ebene der Bewegung selbst ist es, ebenso wie auf der Ebene des individuellen Handelns, normal, daß im Rahmen der ACJF die gleichen Probleme der jungen Menschen von allen Bewegungen unter einem allen gemeinsamen Gesichtspunkt studiert werden. Aber wenn sie bei diesem Studium ihrem Auftrag als Katholische Aktion treu bleiben wollen, müssen sie gemeinsam über den so wichtigen sozialen und politischen Aspekt hinaus den apostolischen Aspekt dieser Probleme, ihre Rückwirkung auf das christliche Leben der Jugend und die Hindernisse, die sie der Evangelisation entgegenstellen, untersuchen. Zudem, was die Aktion selber betrifft, so muß die ACJF die Verwirklichungsversuche auf den Gebieten, auf denen sich die Einheit der jungen Katholiken ohne Schwierigkeit vollzieht, koordinieren: auf dem Gebiet der Wohnungsnot, der sozialen Caritas, der Freizeitgestaltung und Kultur, unter Rücksichtnahme auf die notwendigen Besonderheiten bei ihrer Anpassung an ein besonderes Milieu.

Aber, wie es im übrigen die ACJF selber will, die Jugend-



bewegungen müssen vor der Grenze der Probleme reiner politischer Technik haltmachen: diese sind das Reich der Parteien, stehen zur freien Wahl und rufen daher logischerweise Oppositionen, Kampfstellungen hervor. Der Apostel kann kein Parteigänger in einer Bewegung Katholischer Aktion sein. Die Katholische Aktion muß außerhalb und oberhalb der Parteien bleiben, um alle jungen Menschen aus den verschiedensten Milieus im missionarischen Eifer und in einer fortschreitenden Einführung in das Bemühen um das Gemeinwohl des Staates zu vereinen.

Die christliche Freiheit, die die Kirche im Bereich der freien Entscheidungen erhalten will, wäre bedroht, wenn die ACJF im Namen einer bestimmten Jugendpolitik zukünftig dazu überginge, auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen selber als solche in diesen Fragen, in denen jeder frei bleiben muß, Stellung zu beziehen. Das wäre unter dem Schein einer erzwungenen Einheit eine Quelle von Spaltungen und Streitigkeiten im Innern der ACJF, die doch ein Einigungspunkt aller Kinder der einen katholischen und apostolischen Kirche sein soll.

#### Schlußfolgerung

Die Katholische Aktion und die soziale und politische Aktion christlichen Geistes sind zwei verschiedene Dinge. Beide sind in ihrem Bereich notwendig. Eine bedarf der ändern.

Da sie jedoch nach Ziel, Natur und Mitteln verschieden sind, müssen sie von verschiedenen Bewegungen verfolgt werden, wenn sie nicht einer lähmenden Verwirrung und gefährlichen Unklarheiten verfallen sollen.

Die ACJF ist eine ungewöhnlich fruchtbare soziale und politische Aktion gewesen und hat bis zum Auftauchen der spezialisierten Katholischen Aktion glühende Apostel erzogen. Von dem Tag an, wo sie sich den spezialisierten Bewegungen der Katholischen Aktion eröffnete, mußte sie selber zu einem Organ der Katholischen Aktion im genauen Wortsinn werden.

Die Hierarchie drückt der ACJF ihre Dankbarkeit für alles, was sie in 70 Jahren geleistet hat, aus. Sie schenkt ihr aufs neue ihr Vertrauen und erteilt ihr das Mandat, eine neue Wachstumsetappe in Treue zur Kirche und in ihrer apostolischen Mission zu verwirklichen.“

#### Aus den Missionen

**Für die Priester und Gläubigen, die in den Kerkern und Arbeitslagern Chinas um des Glaubens willen schwerste Leiden erdulden. Missionsgebetsmeinung für Januar 1957**

Beim Eröffnungsgottesdienst der großen katholischen Missionsausstellung „Vitamar“ zu Philadelphia, die in zehn Tagen von über 500 000 Menschen besucht wurde, erklärte am 10. Oktober 1956 ein im Exil befindlicher China-Bischof, Msgr. Cuthbert M. O'Gara von Yuangliang, vor

12 000 Menschen, darunter dem Apostolischen Delegaten und einer geistigen Elite des amerikanischen Katholizismus, in der Predigt: „Nach drei Jahren Kerkerhaft in China heimgekehrt, erwartete ich, alle unsere katholischen Organisationen, besonders unsere Schulen, unsere katholischen Kollegien und Universitäten aufgerüttelt zu finden, bereit zum Kampf für jene, die um der Gerechtigkeit willen in China leiden. Statt dessen sah ich eine erschreckende Gleichgültigkeit und sogar Un-

kenntnis des verzweifelten Kampfes, der im Gange ist . . . Der beunruhigendste Faktor aber war für mich das Ansteckungsklima eines Pseudoliberalismus, das sich anscheinend in gewissen katholischen Kreisen ausgebreitet und das selbst auf Zeitungen und Zeitschriften übergreifen hat, die eine weitgehend katholische Leserschaft aufweisen und sonst im Rufe stehen, die katholischen Prinzipien kraftvoll zu verteidigen . . . Es ist ein Beitrag zur Gefahr der kommunistischen Einsickerung und Kontrolle, wenn man unter den amerikanischen Katholiken eine seelische Haltung hervorruft, die sie Kirchenverfolgungen in anderen Ländern hinnehmen läßt, ohne daß sie auch nur ein wenig von jener apostolischen Reaktion zeigen, die unsere Väter in der Vergangenheit stets auszeichnete, wenn die Kirche irgendwo verfolgt wurde.“ Die Ausführungen dieses Bischofs verdienen, auch von den Katholiken anderer Länder überdacht zu werden. Das Maß der Lebendigkeit und Beharrlichkeit, mit dem wir in Gebet, Wort und Tat für die verfolgten Kirchen eintreten, ist ein Gradmesser für die substantielle Tiefe unseres eigenen christlichen und kirchlichen Lebens. Daß die kommunistisch regierten Länder gegenüber einer kraftvollen Reaktion der Christenheit auf die Religionsverfolgung sehr empfindlich sind, haben ihre Bemühungen während der letzten Jahre gezeigt, ausländischen „Gästen“ zu beweisen, daß in Wirklichkeit keine Kirchenverfolgung herrsche. Die Regierung von Peking hat allein im Jahre 1955 30 000 Ausländer nach China eingeladen und dabei etwa 750 000 Pfund Sterling ausgegeben, um den Besuchern nicht nur die Errungenschaften des Regimes zu zeigen, sondern ihnen auch die „völlige religiöse Freiheit“ vor Augen zu führen. Es wäre zu bedauern, wenn Berichte ahnungsloser oder auch durchaus arglistiger Besucher Chinas in der sogenannten neutralen Weltpresse auch in katholischen Kreisen Verwirrung angestiftet und ihren Willen zur Solidarität mit der leidenden Kirche Chinas geschwächt hätten. Die Katholiken Chinas leiden indes unsagbar weiter, und sie sind heute, nachdem die chinesische Regierung im Zuge einer vom Leiter der Hauptabteilung Propaganda im Zentralkomitee der KP Chinas, Liu Ting Yi, geförderten Auflockerung in der Einfuhrsperre westlicher Literatur wieder Presseerzeugnisse und Bücher aus der nichtkommunistischen Welt in beschränktem Umfang ins Land läßt, vielleicht besser als noch vor einem Jahr über unsere Haltung im Kirchenkampf in China unterrichtet. Auf jeden Fall müssen wir mit dieser Möglichkeit rechnen und dürfen ihnen die seelische Stütze nicht rauben, die in dem Bewußtsein liegt, daß wir mit ihnen leiden und opfern. Mehr noch, wir müssen ihnen sagen, daß wir uns in China mitverfolgt wissen, da wir ja alle Glieder eines Leibes, des mystischen Leibes Christi sind.

#### Der tiefere Sinn der kommunistischen Taktik

Die Verfolgung in China enthüllt immer mehr die raffinierte Taktik der Regierung. Es ist dort der in der Geschichte der Kirchenverfolgungen bisher nicht vorgekommene Fall eingetreten, daß die Henker der Religion sich als Beschützer der Religion ausgeben, die sie zerstören wollen („Agenzia Fides“, 11. 8. 56). Dem französischen Journalisten Robert Guillain, der im Vorjahr China besuchte und darüber in „Le Monde“ berichtete, sagte ein ausländischer Beobachter: „Die Kirche schließen ist nicht ihre Politik, und wir haben uns geirrt, wenn wir dies



glaubten.“ Da das kommunistische Regime die Herrschaft einer Minderheit ist, die sich nach dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KP auf dem VIII. Parteitag (15.—27. 9. 56 in Peking) auf zur Zeit 10730000 Parteimitglieder (14% Arbeiter, 69% Bauern und 12% Angehörige der Intelligenz) stützt, kann es die geistigen Strömungen im Volke, die von der offiziellen Parteideologie abweichen, nur kontrollieren, wenn es ihr Verschwinden in der Anonymität der Masse verhindert. Auf politischem Gebiete läßt man deshalb die sogenannten demokratischen Parteien weiterleben, in denen, wie der Sekretär des Zentralkomitees, Liu Shao-chi, bei der Pekinger Tagung sagte, die nationale Bourgeoisie und die sogenannte Kleinbourgeoisie sich gesammelt haben. Man rechnet damit, daß „die Überbleibsel der bürgerlichen Ideologie noch lange nachwirken werden“ (vgl. „Ostprobleme“, Godesberg Nr. 42, 1956). Will man also diese Kreise bekehren und ihr Verhalten vor der restlosen Bekehrung kontrollieren, so muß man sie sichtbar erhalten. Die Gefahren, die mit der Erhaltung der kleinen Parteien verbunden sein könnten, werden als gering erachtet, nachdem man einige Millionen politischer Gegner seit 1949 liquidiert hat. Die Behauptung, man lasse diese Parteien am Leben, weil eine von diesen ausgehende gesunde Kritik auf eigene Fehler aufmerksam mache, dient im Grunde ebenso wie die von Tschu En-Lai befürwortete Diskussionsfreiheit in weltanschaulichen Fragen nur dazu, die Gegner sichtbar zu machen. Nur wenn sie öffentlich reden dürfen, kann man verhindern, daß sie ihre Ideen durch Flüsterpropaganda verbreiten und kann die öffentliche Meinung kontrollieren. Ähnlich ist das Verhalten der chinesischen Kommunisten zu den religiösen Kräften zu beurteilen, die nach ihren eigenen Aussagen eine erstaunliche Lebenskraft haben. Man will sie sichtbar erhalten. Besonders ist diese Absicht im Verhalten zur katholischen Kirche zu beobachten, die von allen religiösen Kräften trotz der geringen Zahl ihrer Anhänger bisher den entschlossensten und hartnäckigsten Widerstand leistete. Nachdem die ausländischen Missionare fast restlos vertrieben sind und die chinesische Elite der Kirche zerschlagen, vernichtet oder in Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern unschädlich gemacht wurde, sucht man nun das Unsichtbarwerden der Masse der übrigen Katholiken zu verhüten, indem man ihre äußere Organisation stützt, sie mit unerträglichem Druck zur Fortsetzung ihres bisherigen religiösen Lebens zwingt, gleichzeitig aber die innere Substanz des religiösen Lebens zersetzt und die äußere Organisation technisch und finanziell unter die Kontrolle der Regierung bringt. Das ist der Sinn der „patriotischen Kirche“ und der „patriotischen Komitees“, die teilweise von abtrünnigen Katholiken, teilweise sogar, wie in Schanghai, von notorischen Kommunisten und Atheisten geleitet werden. So glaubt man, der katholischen Religion ein langsames Sterben bereiten zu können, das in jeder Phase kontrolliert werden kann und das absichtlich hingezogen wird, weil man sich klar darüber ist, daß „die atavistischen religiösen Instinkte“ nicht von heute auf morgen unterdrückt werden können. Im Dienste dieser Aktion steht der ganze Zersetzungsapparat, in dem die von der Regierung finanzierten zahlreichen „Kirchenblätter“ der „patriotischen Kirche“ die bedeutsamste Rolle spielen. Dazu kommen die Indoktrinationskurse, an denen Bischöfe, Priester, Seminaristen und Volk dauernd teilnehmen müssen.

### *Der Ernst der Lage*

Der organisierte Widerstand der Katholiken war in Nordchina schon vor der Verhaftung des Bischofs Ignatius Kung von Schanghai, die im September 1955 allgemeines Aufsehen in der Welt erregte (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 120, 272, 410), zerschlagen. Mit Bischof Kung traf man die Seele des kirchlichen Lebens für den übrigen Teil Chinas. Er hatte noch Verbindung mit Rom und brachte es immer wieder fertig, die wichtigsten Kundgebungen des Heiligen Vaters und der kirchlichen Zentralbehörden nicht nur den Priestern seiner Diözese, sondern auch der benachbarten Diözesen zu vermitteln. Hier hatten sich die Seminaristen aus weiten Gebieten Chinas konzentriert, die anderswo nicht mehr studieren konnten. Mit Bischof Kung wurde die Kirche Schanghais äußerlich aufgelöst. Gleichzeitig begannen Aktionen in weiten Gebieten Mittel- und Südchinas, die zusammen mehrere tausend Personen in die Gefängnisse führten. Bis Anfang 1956 waren diese Aktionen ausgefallen. Auch in Mittel- und Südchina konnte sich die Regierung ungestört der Bildung „patriotischer Kirchen“ widmen. In Schanghai amtiert jetzt ein von der Regierung ernannter „Bischof“. Die Zahl der „fortschrittlichen Priester“ ist für ganz China nicht bekannt. Sie hat aber anscheinend genügt, um an Orten mit großer Katholikenzahl „fortschrittliche Kirchen“ aufzubauen, die man nun miteinander in Verbindung zu bringen sucht. Ein Glied dieser Bemühungen ist zweifellos der Empfang von 38 Vertretern der katholischen Kirche durch Tschu En-Lai im Juli 1956, an dem angeblich auch Bischöfe und Generalvikare aus vier Provinzen nördlich des Jangtse teilnahmen. Die Zahl dieser Bischöfe und Generalvikare, die vielleicht zu der Teilnahme an dem Empfang gezwungen wurden, ist nicht bekannt. Sie kann nicht groß gewesen sein, da die meisten verantwortlichen Persönlichkeiten der Kirche Nordchinas, soweit sie noch leben, in Haft sind. Die Teilnahme des Leiters des Regierungsamtes für religiöse Angelegenheiten, das seinerzeit hauptsächlich geschaffen wurde, um die katholische Kirche gleichzuschalten, läßt darauf schließen, daß man an dem Plan unentwegt festhält, für ganz China eine vom Staat kontrollierte katholische Kirche zu schaffen, der man nach dem Widerstand, den die Katholiken der Trennung von Rom entgegengesetzten, theoretisch sogar die Anerkennung des Papstes als ihres Oberhauptes gestatten will. Die Nachrichtenagentur der Sowjetzone wußte zu berichten, daß die Zusammenkunft in Peking der Vorbereitung einer gesamtchinesischen Katholikentagung dienen sollte. Was wirklich verhandelt wurde, ist bisher nicht bekanntgeworden.

### *Zahlenangaben über die der Freiheit Beraubten*

Die derzeitigen neuen Maßnahmen der Regierung, die Gemeinschaft einer staatshörigen Kirche zu organisieren, kommen in einem Augenblick, wo noch der größte Teil der in Freiheit befindlichen Katholiken innerlich treu zur Kirche steht, aber entsetzlichen Gewissenskonflikten ausgesetzt ist, während die Zahl der in Gefängnissen und Arbeitslagern für ihren Glauben Leidenden größer ist, als man in der übrigen Welt ahnt. Von den 20 noch im Lande befindlichen chinesischen Bischöfen fehlt teilweise jede Nachricht. Sieben Bischöfe sind in Haft, darunter auch einer der beiden letzten noch lebenden chinesischen Bischöfe, die Pius XI. am 22. Oktober 1926 weihte: Msgr.



Joseph Hu von Taichow, 75 Jahre alt. Der andere lebt in einer ihm von der Regierung angewiesenen Wohnung zu Schanghai: Er ist altersschwach und kann sein Amt nicht mehr ausüben. Mindestens neun Apostolische Administratoren von vakanten Diözesen bzw. Generalvikare sind zur Zeit in Gefängnissen. Andere haben Aufenthaltsbeschränkungen oder Hausarrest. Die Gesamtzahl der augenblicklich in Haft befindlichen chinesischen Priester ist unbekannt. Daß sie nicht festgestellt werden kann, ist ein Zeichen für die völlige Lahmlegung des zentralen kirchlichen Nachrichtenapparats. Die in den letzten 1½ Jahren noch ausgewiesenen wenigen europäischen Missionare schätzen, übereinstimmend mit den katholischen Nachrichtenstellen in Hongkong, die Zahl dieser Priester konstant auf 600—700. Doppelzählungen von Priestern, die in den letzten Jahren mehrfach inhaftiert und freigelassen wurden, sind bei den Schätzungen ebenso möglich wie die Unter- oder Überschätzung der Zahl der Opfer in vielen Diözesen des Innern, von denen seit langem jede Nachricht fehlt. Besonders erschwert wird jede Statistik durch das System der „rotierenden Haft“ von Priestern, das darauf abgestellt ist, Schockwirkungen zu erzielen und die Betroffenen seelisch zu zermürben. In einigen Gebieten sind übrigens kirchentreue und „fortschrittliche“ Priester nebeneinander in der Seelsorge tätig, ohne daß es bisher zu einer klaren Scheidung, sowohl kirchenrechtlich als auch von seiten der Regierung, gekommen ist. Sollte die Zahl von 600—700 verhafteten Priestern stimmen, so wären das 30—35 % aller chinesischen Priester, die nach den Ausweisungen und Abwanderungen der Anfangszeit der großen Verfolgung noch im Lande verblieben waren. Es fanden im letzten Jahre einige wenige Ordinationen statt, die aber die Abgänge durch natürlichen Tod, durch Hinrichtung und Gewalttätigkeit in den Gefängnissen und Arbeitslagern bei weitem nicht ausgeglichen haben. So dürfte praktisch bald die Hälfte der noch lebenden chinesischen Priester der Freiheit beraubt sein. Zahlenangaben über die in den Gefängnissen und „Umerziehungs-Lagern“ befindlichen katholischen Laien sind nicht erhältlich. Bei dem Schlag gegen die Kirche Schanghai sind an 4000 Katholiken verhaftet worden, von denen freilich aus nicht durchsichtigen Gründen innerhalb des Jahres 1956 in zwei Schüben jedesmal mehrere hundert entlassen wurden, wahrscheinlich weil man sich nach der Organisation der „Patriotischen Kirche“ in Schanghai sicher genug fühlte, um den weniger „prominenten“ Verhafteten die Freiheit geben zu können. Im Gebiet von Nanking wurden im Dezember 1955 4000 Katholiken ins Gefängnis geworfen. Über ihr Schicksal wissen wir nichts. Auch im Jahre 1956 haben die Verhaftungen in kleinerem Umfang fortgedauert. Es sind auch Fälle von Hinrichtungen noch in letzter Zeit gemeldet worden. Ein nach Rom gelangter Brief eines chinesischen Ordensmannes von Schanghai aus dem Sommer 1956 erklärt, daß in dieser Stadt jede katholische Familie wenigstens zwei „Abwesende“ aufweise. Wenn die gleichen Verhältnisse im übrigen China herrschen, so schloß die „Agenzia Fides“ zu Rom (französische Ausgabe vom 1. 9. 56), dann würden bei der Durchschnittsgröße einer chinesischen Familie von zehn Personen 600 000 Katholiken bei insgesamt 3 Millionen im Land in der Verfolgung „verschwunden“ sein.

Was immer es mit solchen Berechnungen auf sich hat, so ist sicher, daß wir die Zahl der in Zwangsarbeitslagern verschleppten Katholiken bisher außerordentlich unterschätzt haben. Die chinesische Regierung tat alles, um das Vorhandensein, die Örtlichkeiten und die Zahl der Insassen dieser Lager zu verschleiern, die im System des chinesischen Kommunismus eine sehr große Rolle spielen, weil sie zugleich dem ideologischen Zweck der „Reform durch Arbeit“ und dem ökonomischen Zweck dienen, für die großen Wasserregulierungsarbeiten, die Bahn- und Wegebauten, die Meliorationsarbeiten, die Bergwerke und den Aufbau der Industriekombinate billige Arbeitsklaven zu beschaffen. In vierjähriger Sucharbeit hat die Internationale Kommission gegen das Regime der Konzentrationslager erdrückendes Material über die Zwangsarbeit in China gesammelt und es auf dem Brüsseler Kongreß vom 20. bis 30. 4. 1956 vorgelegt. 297 solcher Lager sind namentlich festgestellt worden, in denen sich mehrere Millionen Menschen befinden, die im allgemeinen bei ungenügender Ernährung arbeiten müssen, in primitiven Unterkünften ohne jede Hygiene vegetieren und oft jede ärztliche Betreuung entbehren, obwohl in letzter Zeit mancherorts mehr ärztlicher Beistand geleistet wird. Die Arbeitszeit beträgt bis zu 14 Stunden am Tag. Als Strafen werden Nahrungsentzug, Schlafentzug, Hand- und Fußfesselung verhängt. Die Lager liegen meist in Gebieten, die sich weitab von menschlichen Siedlungen befinden. Es wird dort alles getan, um das Denken der Häftlinge zu „reformieren“, wobei moralische und physische Druckmittel die Hauptrolle spielen. Mit Recht stellte der Brüsseler Kongreß fest, es würden hier keine „neuen Menschen“ geformt, vielmehr „Untermenschen“ fabriziert. Wenn nun die Katholiken anerkanntermaßen dem Regime der chinesischen Kommunisten den stärksten Widerstand entgegensetzen, so ist der Schluß erlaubt, daß sie in unverhältnismäßig hoher Zahl die Zwangsarbeitslager bevölkern. Sie können nach Verbüßung der Arbeitsstrafen, die von den Richtern so bemessen werden, daß die Arbeitskraft genügend lange Zeit ausgenutzt werden kann, die Freiheit erlangen, wenn sie ihre gelungene Umerziehung durch ihr Verhalten dokumentieren, d.h. praktisch, wenn sie vom Glauben abfallen. Das Reglement der Lager sieht nun vor, daß bei nicht gelungener Umerziehung gerichtlich eine neue Haft in den Lagern verfügt werden kann. Überzeugte Katholiken, die für ihren Glauben einstehen, sind so zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Man hat Nachrichten von chinesischen Priestern und Laien, die im Bahnbau in der Wüste Gobi, bei Bewässerungsbauten im Flußbecken des Huai-ho, am Mittellauf des Jangtse usw. beschäftigt sind. Besonders die seit 1951 verfeimte Legion Mariens, deren priesterliche Leiter sämtlich in Haft sind, wird ein erhebliches Kontingent der katholischen Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen stellen. Eine große Anzahl von Seminaristen und jungen Katholiken von Schanghai, die dort heroisch widerstanden hatten, sind nachweislich ebenfalls an die Grenzen Sibiriens geschafft worden. Die Umstände haben es mit sich gebracht, daß in den vergangenen Jahren fast immer nur Zahlen von in China verhafteten Bischöfen, Priestern und Ordensleuten gebracht werden konnten. Die größte Zahl der im Kerker und Konzentrationslager lebenden Katholiken stellen aber die Laien dar. Diese unbekann-



ten und ungenannten Helden, die meist ihren Familien entrissen wurden und diese in großer Not wissen, tragen, rein zahlenmäßig gesehen, sicher die Hauptlast des Leidensopfers der verfolgten Kirche Chinas.

Im Herbst dieses Jahres 1956 traf in Rom ein vom 3. Mai datierter Brief eines Christen aus Schanghai an den Papst ein, in dem es (laut „Agenzia Fides“ vom 1. 9. 56) heißt:

„Zahlreiche Priester, Ordensmänner, Ordensfrauen und Christen wurden zu Gefängnis verurteilt und in die Mandschurei oder nach Nord-Kiangsu gesandt, um dort Zwangsarbeit zu leisten und ein Leben von Tieren zu führen. Sie sind stark und mutig. Sie sind wirklich groß und leiden für die Kirche. Wir müssen sie zu Vorbildern nehmen und sie nachahmen . . . Ich flehe Ew. Heiligkeit an, an alle Christen der Welt zu appellieren, sie möchten doch jeden Tag für jene beten, die leiden, damit Gott ihnen den Mut gibt, bis zum Tode Widerstand zu leisten.“

## Ökumenische Nachrichten

**„Neulutherische Romantik“?** Für das theologische Gespräch mit dem deutschen Luthertum, das sich in der VELKD auf dem Wege zur „Lutherischen Kirche“ befindet, ist es wichtig, zu wissen, wie stark und zukunfts-trächtig diejenigen Kreise sind, die einen von Luther angeblich gesuchten, aber nicht gefundenen Anschluß an die Alte Kirche wiederherstellen wollen. Dieses Anliegen war zwar auf der Generalsynode von Hannover im Juni dieses Jahres nicht thematisch wirksam, abgesehen von der unerledigten Kontroverse über die neue Ehe- und Trauordnung (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 480 ff.). Daß es aber unter den Lutheranern zwei grundverschiedene Richtungen gibt, eine mehr „protestantische“, die „Spiritualen“, wie wir früher sagten, und eine „kirchenbewußte“, konservative, im weiteren ökumenischen Sinne „katholisierende“ Richtung, hatten unsere Berichte laufend beobachtet (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 166, 454 und 550; 10. Jhg., S. 24, 71, 223), auf die wir hier verweisen müssen. Nun ist neuerdings von zwei Seiten ein kräftiger lutherischer Vorstoß gegen die neue Agende I erfolgt, die am 13. Oktober 1954 von der Generalsynode der VELKD in Braunschweig angenommen wurde und von der unterdessen eine schöne handliche Ausgabe für die Gemeinden, gleichsam als der lutherische „Schott“, vorliegt („Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden.“ 1. Band. Lutherisches Verlagshaus Berlin 1955. 377 S. und 22 S. Anhang mit liturgischen Noten; vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 167, über die Grundsätze der Agendenreform, die wiederhergestellten Marien-, Apostel- und Martyrerfeste und die Liturgie der Osternacht). Die Bedenken, nein, man muß schon sagen: der Angriff gegen diese Agende wird von D. Theodor Heckel, dem Dekan von München, geführt, der lange Zeit dem liturgischen Ausschuß der lutherischen Landeskirche Bayerns angehörte, und zwar im „Deutschen Pfarrerblatt“ (Nr. 19, 1. 10 56), das in die Hand vieler evangelischer Geistlicher gelangt. Ihm voraus ging eine sehr kritische Sammelrezension neuerer liturgischer Werke durch Prof. W. Jannasch in dem „Theologischen Jahresbericht“ für 1953/55 des Verlages Chr. Kaiser, München, „Verkündigung und Forschung“ (erschienen 1956). Auf diese Re-

zension eines Pastoraltheologen nimmt Dekan Heckel mehrfach Bezug. Sie ist in der Tat beachtlich durch den Vergleich der lutherischen Liturgiereform mit dem bekannten Werk von Joseph A. Jungmann SJ „Missarum Sollemnia“, dessen Lektüre Jannasch den lutherischen Theologen dringend empfiehlt, damit sie vor archaischen und anachronistischen Versuchen auf liturgischem Gebiet bewahrt werden, nachdem Rom vermutlich in seiner Reform des Missale darangehe, manche geschichtliche Formen der Messe abzustreifen. Jannasch ist des Lobes voll über das Werk von Jungmann, weil es die Messe genetisch erkläre und damit manche Entdeckungen protestantischer Forscher bestätige. Vor allem findet er, daß Jungmanns Darlegung der Opfermesse die letzte Möglichkeit nimmt, das, was in einem evangelischen Gottesdienst geschieht, weiterhin mit dem zweideutigen Namen Messe zu bezeichnen. An diese Rezension (S. 41—47) schließt sich unmittelbar an eine Gegenüberstellung des alten, jetzt von Paul Graff neubearbeiteten „Lehrbuchs der Liturgik“ von Georg Rietschel mit dem Werk „Leiturgia“ (Handbuch des evangelischen Gottesdienstes), das wesentlich von Mitgliedern und Freunden der Michaelsbruderschaft getragen wird und über dessen erste Lieferungen wir seinerzeit ausführlich berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 330 ff.). Hierauf folgt schließlich eine wertvolle kritische Übersicht über die verschiedenen Arbeiten an evangelischen Agenden, vor allem das „Lektionar für evangelisch-lutherische Kirchen“ und die verschiedenen neuen Agenden preußischer Landeskirchen. Die Spitze dieser Rezension richtet sich eindeutig gegen die liturgischen Versuche der VELKD. (Auf die Fülle wertvoller Literaturübersichten zu allen Gebieten theologischer Forschung, vor allem auch zur Politischen Ethik, die diese Ausgabe von „Verkündigung und Forschung“ zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk über die neuesten Bestrebungen im evangelischen Raum macht, können wir an dieser Stelle leider nicht eingehen.)

### *Der Geist des Gesetzes*

Der Hauptvorwurf von Professor Jannasch lautet, daß von den lutherischen Reformern nicht mehr gefragt werde, was Luther wichtig war, und daß man unbedenken eine Kontinuität mit dem „Frühkatholizismus“ anstehere, ohne die eingeführten liturgischen Hypothesen aus der Bibel als notwendig zu erweisen. Es war sicher die Absicht von Dekan Heckel, im „Deutschen Pfarrerblatt“ die Aufmerksamkeit auf diese Warnungen zu lenken. Aber er gibt seinem Angriff eine programmatische Form. Die Fülle der neuen „Ordnungen“, die von der VELKD beschlossen worden sind und ihre Gliedkirchen überfordern, enthalte die Gefahr, „daß der Geist des Gesetzes das Gesetz des Geistes verdrängt . . . Kein Einsichtiger kann sich dem verschließen, daß von der Ordnungskirche zur Gesetzeskirche nur ein kleiner Schritt ist.“ Heckel sieht das Zuviel an Ordnungen als das „romantische Moment“ an, daß „die Einheit der Kirche in sakralen Ordnungen gesichert werden soll“. Es sei „eine geradezu verhängnisvoll unlutherische Entwicklung“ eingerissen. Unlutherisch sei auch „das krampfhaft Bemühen, das Bischofsamt zu einer Institution göttlichen Rechtes zu erheben“. Heckel gehört nicht zu den unentwegten „Protestanten“, die eifernd gegen einen Liturgismus Sturm laufen und die Erneuerung der Liturgie ablehnen. Er wendet sich